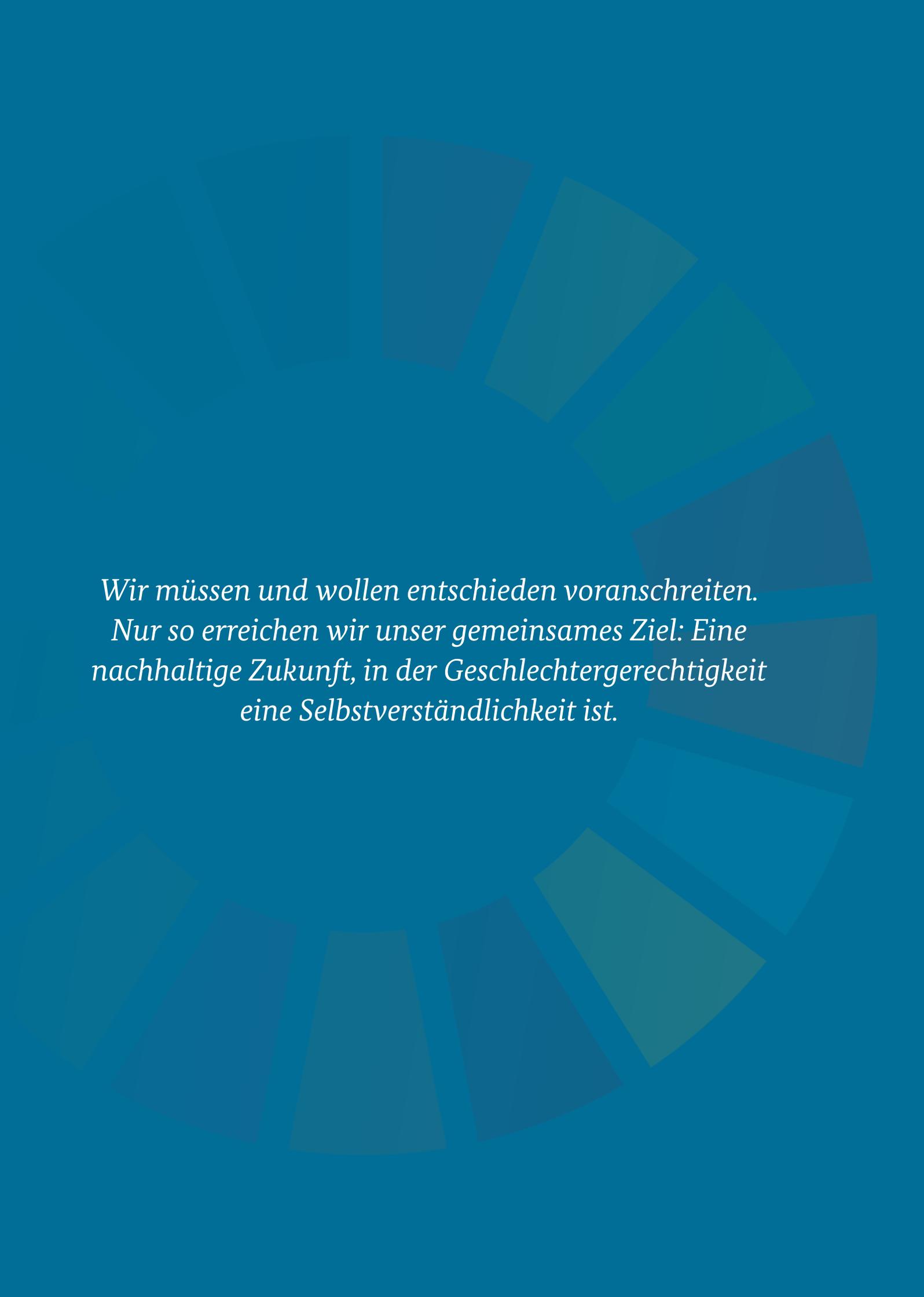




Entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020: Ein Rückblick

5 GESCHLECHTER-
GLEICHHEIT





*Wir müssen und wollen entschieden voranschreiten.
Nur so erreichen wir unser gemeinsames Ziel: Eine
nachhaltige Zukunft, in der Geschlechtergerechtigkeit
eine Selbstverständlichkeit ist.*

Einleitung

Geschlechtergerechtigkeit und die Beendigung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung sind für eine nachhaltige Entwicklung unentbehrlich. Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität stellen die Hälfte der Weltbevölkerung und spielen eine tragende Rolle in allen Bereichen der Gesellschaft. Geschlechtergerechte Gesellschaften sind stabiler, friedlicher und leistungsfähiger. Dieses Potential darf nicht ungenutzt bleiben.

Geschlechtsspezifische Benachteiligung zu beenden und bestehende Geschlechterhierarchien abzubauen, ist daher erklärtes Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Das 2014 veröffentlichte übersektorale Konzept „Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungspolitik“ bildete dafür die Grundlage. Um das Konzept in die Praxis umzusetzen, wurde 2016 der zweite Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020 (GAP II) veröffentlicht. Der Aktionsplan stellte in den letzten vier Jahren die zentrale Leitlinie für das Engagement des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit dar.

Das Ende der Laufzeit des GAP II bietet Gelegenheit, Bilanz zu ziehen.

Auf der internationalen Ebene ist in den letzten fünf Jahren viel passiert – wir feierten im vergangenen Jahr den 40. Jahrestag der Frauenrechtskonvention, den 25. Jahrestag der Aktionsplattform von Peking und den 20. Jahrestag der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Diese Jubiläen sind aber nicht nur ein Grund zu feiern, sondern auch eine Erinnerung daran, wie viel beim Thema Geschlechtergerechtigkeit noch zu tun ist. Denn in keinem Land ist Geschlechtergerechtigkeit bisher erreicht worden. Die Covid-19 Pandemie macht erreichte Fortschritte wieder zunichte und verschärft die Lage von Frauen und Mädchen noch weiter.

Der hiermit vorliegende **Rückblick auf den zweiten Genderaktionsplan** illustriert beides: was erreicht wurde, aber auch wie hoch der Bedarf weiterhin bleibt. Er zeigt die Breite unseres Engagements auf und illustriert anhand zahlreicher Projektbeispiele, mit welchen konkreten Maßnahmen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit weltweit für mehr Geschlechtergerechtigkeit tätig war.

Aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen lernen wir und auf ihnen bauen wir auf. Wir müssen und wollen entschieden voranschreiten. Nur so erreichen wir unser gemeinsames Ziel: eine nachhaltige Zukunft, in der Geschlechtergerechtigkeit eine Selbstverständlichkeit ist.

Inhalt

Fünf Jahre entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020	4
SCHWERPUNKT 1: Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen, politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation	8
SCHWERPUNKT 2: Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung	13
SCHWERPUNKT 3: Gewalt gegen Frauen und Mädchen	18
SCHWERPUNKT 4: Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht	23
SCHWERPUNKT 5: Bildung	30
SCHWERPUNKT 6: Erwerbsarbeit und wirtschaftliches Empowerment	36
SCHWERPUNKT 7: Gesundheit, inklusive sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)	42
SCHWERPUNKT 8: Wasser- und Sanitärversorgung	49

SCHWERPUNKT 9: Energie	54
SCHWERPUNKT 10: Klimawandel, Katastrophenrisikomanagement, nachhaltige Entwicklung, Stadt- und Kommunalentwicklung	59
SCHWERPUNKT 11: Sektorübergreifende Handlungsfelder	64
Ausblick	71
Abkürzungsverzeichnis	73



Fünf Jahre
entwicklungspolitischer
Aktionsplan zur
Gleichberechtigung der
Geschlechter 2016-2020

Geschlechtergerechtigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit und für soziale, gerechte und nachhaltige Entwicklung insgesamt. Doch noch immer sind Menschen weltweit von geschlechtsspezifischer Diskriminierung betroffen und von einer gleichberechtigten Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen. Auch im 21. Jahrhundert werden Frauen und Mädchen in so gut wie **allen Bereichen** des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens **benachteiligt und diskriminiert**. Ihre Benachteiligung wird verstärkt, wenn Diskriminierungen aufgrund mehrerer Faktoren zusammenkommen, z. B. durch Behinderungen, ethnische Zugehörigkeit, Geschlechtsidentität oder sexuelle Orientierung.

Die Covid-19 Pandemie hat zu einer Verschärfung der Situation von Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität geführt. Die daraus resultierenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen drohen erreichte Fortschritte zunichte zu machen. Laut aktuellen Berechnungen des Global Gender Gap Reports 2021 wird es noch über **135 Jahre** benötigen, um weltweit Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen und den **Gender Gap zu schließen**, wenn wir keine größeren Fortschritte machen.¹

Dabei birgt die Stärkung der Rechte und Teilhabe von Frauen ein **großes Potenzial für Entwicklung**. Studien belegen, dass das jährliche globale Bruttoinlandsprodukt bei weltweit gleichgestellter Beteiligung von Frauen im Jahr 2025 um bis zu 28 Billionen US-Dollar wachsen könnte.² Auch hat die verstärkte Partizipation von Frauen erwiesenermaßen positive Effekte auf den Friedenserhalt: Sind Frauen aktiv an **Friedensverhandlungen** beteiligt, steigen demnach die Chancen um 20 Prozent, dass ein Friedensabkommen mindestens zwei Jahre hält. Auch ist es wahrscheinlicher, dass die getroffenen Vereinbarungen tatsächlich nachhaltig umgesetzt werden.³ Eine Erhöhung des Frauenanteils um 10 Prozent in nationalen Parlamenten führt durch

deren häufig größeren Fokus auf Nachhaltigkeit und Klimapolitik zu einem Rückgang von 0,24 Tonnen CO₂ pro Kopf jedes Jahr.⁴

Konsequenterweise ist Geschlechtergerechtigkeit in den nachhaltigen Entwicklungszielen (*Sustainable Development Goals*, SDG) der Agenda 2030 über ein eigenes Ziel (SDG 5) sowie als Querschnitt in den meisten anderen SDG verankert.

Im Rahmen der deutschen entwicklungspolitischen Reformagenda „BMZ 2030“ definierte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) „Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion“ als eines von sechs Qualitätsmerkmalen. Damit wird die Geschlechtergleichstellung zu einem Gütesiegel für eine wertorientierte, nachhaltige und zukunftsorientierte entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Mit dem **zweiten entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020** (GAP II) hatte sich das BMZ verpflichtet, Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durch einen **dreigliedrigen Ansatz** zu fördern und damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele zu leisten. Mit der querschnittsmäßigen Verankerung (Gender-Mainstreaming), fokussierten Maßnahmen zur Stärkung von Frauenrechten und Abbau von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen sowie dem Politikdialog auf nationaler wie auch internationaler Ebene trägt das BMZ dazu bei, Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit weltweit zu stärken. Der GAP II hat die Schwerpunktsetzungen und strategischen Ziele für das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit dargelegt und diente somit als zentrale Leitlinie für das BMZ.

1 World Economic Forum 2021: **Global Gender Gap Report 2021**, S.5.

2 McKinsey (2015): **The Power of Parity**, S.1.

3 UN Women (2015): **A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council resolution 1325**.

4 Mavisakalyan, Astghik und Tarverdi, Yashar (2019): Gender and climate change: Do female parliamentarians make a difference?, S.163.

Die Schwerpunkte des GAP II 2016-2020

10 sektorale Handlungsfelder

1. Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit, politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation		
2. Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung		
3. Gewalt gegen Frauen und Mädchen		
4. Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht		
5. Bildung		
6. Erwerbsarbeit und wirtschaftliches Empowerment		
7. Gesundheit, inkl. sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)		
8. Wasser- und Sanitärversorgung		
9. Energie		
10. Klimawandel, Katastrophenrisiko-Management, Nachhaltige Entwicklung, Stadt und Kommunalentwicklung		

7 sektorübergreifende Handlungsfelder

1. Zusammenarbeit mit weiblichen und männlichen Akteuren
2. Überwindung der Mehrfachdiskriminierung
3. Geschlechtergerechte Entwicklungsfinanzierung
4. Stärkung von Frauen- und Mädchenrechten durch Sport
5. Genderkompetenz / Wissensmanagement
6. Maßnahmen zur Umsetzung des Genderansatzes
7. Stärkung von Frauenorganisationen



Jährliche Road Maps bildeten das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ab und enthielten konkrete Maßnahmen und Aktivitäten, welche während der fünfjährigen Laufzeit des GAP II kumulativ zur Erreichung der strategischen Ziele beitragen. Die Umsetzung der Road Maps erfolgte gemeinsam durch das BMZ, die Durchführungsorganisationen (DO) Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie die Zivilgesellschaft.

Mit diesem Bericht blickt das BMZ auf die fünf Jahre Umsetzung des GAP II zurück. Seit 2016 wurden mehr als 550 Maßnahmen weltweit umgesetzt. Anhand

ausgewählter **Leuchtturmprojekte** der Durchführungsorganisationen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und zivilgesellschaftlicher Organisationen illustriert dieser Bericht die Bandbreite des deutschen entwicklungspolitischen Engagements zur Umsetzung des GAP II – von der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der lokalen Ebene im Partnerland bis zum multilateralen Engagement in internationalen Initiativen. Die ausgewählten Maßnahmen zeigen als *good practice* auf, wie künftig auch in anderen Vorhaben wirksame Ansätze für mehr Geschlechtergerechtigkeit gefunden werden können.

SCHWERPUNKT 1

Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen, politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation



Die politische Teilhabe von Frauen hat einen nachweislich positiven Effekt auf die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in politischen Entscheidungen. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich in der Agenda 2030 die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zum Ziel gesetzt (SDG 5.5). Neben der politischen Teilhabe und Mitbestimmung ist der Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen zentrale Voraussetzung, um Frauenrechte und die Geschlechtergerechtigkeit nachhaltig zu stärken und friedliche, inklusive Gesellschaften zu fördern (SDG 16).



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen zu stärken.**
- **Politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation von Frauen zu fördern, auch durch Förderung staatlicher Pflichtentragenden, politische Teilhabe von Frauen zu gewährleisten, Partizipationsprozesse inklusiv zu gestalten und Teilhaberechte rechtlich und institutionell zu verankern.**
- **Die zivilgesellschaftliche Frauenrechtsarbeit zu unterstützen und Menschenrechtsverteidigende zu schützen.**

Weltweit sind nur kleine **Fortschritte** zu verzeichnen: Während 2015 nur rund 22 Prozent aller Parlamentsabgeordneten Frauen waren, sind dies aktuell im Durchschnitt 25,6 Prozent Frauen. In zwei Ländern gibt es allerdings keine weiblichen Abgeordneten im Parlament⁵ und Frauen sind weiterhin nirgendwo auf der Welt **gleichberechtigt in politischen Institutionen** vertreten. Auch haben Frauen im Durchschnitt nur drei Viertel der gesetzlichen Rechte, die Männern zustehen.⁶ Es bleibt also noch viel zu tun.

Aktivitäten

Die exemplarischen Leuchttürme geben einen Einblick in die Vielfältigkeit der Maßnahmen zur Förderung der vollen und wirksamen Teilhabe von Frauen, die während der Laufzeit des GAP II zwischen 2016 und 2020 umgesetzt wurden. Neben der Förderung der politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen werden Frauen durch Rechtsberatung in der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt. Netzerkennung unterstützt Frauen und (Kommunal-)Politikerinnen in der Ausübung ihrer politischen Arbeit.

5 World Economic Forum (2021): **Global Gender Gap Report 2021**, S.15.

6 World Bank (2021): **Women Business and the Law 2021**, S.17.

Ziel 1:

Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen stärken

Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in Tunesien in die Praxis umsetzen

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern dominieren den Alltag der Menschen in Tunesien. Gewalt gegen Frauen ist ein gravierendes Problem und hat sich im Zuge der Covid-19 Pandemie noch verschärft. 2017 hat das tunesische Parlament ein Gesetz zur Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen verabschiedet. Mit Mitteln des BMZ unterstützt Oxfam die tunesische Nichtregierungsorganisation *Association Tunisienne des Femmes Démocrates* (ATFD) dabei, dass dieses Gesetz keine Theorie bleibt. Im Projekt „Stärkung von Frauenrechten und Schutz von Frauen, die von Gewalt betroffen sind“ verknüpft ATFD **Beratung, Bildung, Sensibilisierung und politische Einflussnahme im Einsatz für die Gleichberechtigung der Geschlechter.**



Fast

1.200

Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, konnten im Jahr 2020 in vier Beratungszentren von ATFD psychologisch und juristisch begleitet werden.

Ein wichtiger Bestandteil des Projektes ist, von Gewalt betroffenen Frauen eine kompetente Beratung, Begleitung und Schutz anzubieten. Dazu stehen in den Beratungsstellen Psychologinnen und Psychologen, Anwältinnen und Anwälte und Sozialarbeitende zur Verfügung. Im Zuge der Covid-19 Pandemie mussten die Beratungsstellen für Frauen ihre Aktivitäten an die Situation anpassen und nutzten vor allem Online- und Telefonberatung. Im Jahr 2020 konnten so fast 1.200 Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, in vier Beratungszentren von ATFD psychologisch und juristisch begleitet werden. Um Beratungen flächendeckender in Tunesien anzubieten, organisiert ATFD zudem die Weiterbildung anderer tunesischer Frauenrechtsorganisationen zu einem feministischen Beratungsansatz auf Basis des neuen Gesetzes. 2020 nahmen Vertreterinnen und Vertreter von insgesamt 22 Organisationen an einem Weiterbildungskurs teil. Daneben setzt sich die Nichtregierungsorganisation (NRO) vor allem dafür ein, die Rechte von Frauen in der tunesischen Öffentlichkeit zu kommunizieren. Vor allem die junge Generation soll für das Thema der Gleichberechtigung der Geschlechter sensibilisiert werden. Im Rahmen eines feministischen Bildungsprogramms wird jungen Menschen nicht nur Wissen vermittelt, sondern

sie werden auch zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet. So können sie eindrucksvolle und öffentlichkeitswirksame Kampagnen zu Frauenrechten durchführen und ihr Wissen zu den Themen weitergeben.

Trotz des Gesetzes zur Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen von 2017 gibt es immer noch Elemente in der tunesischen Verfassung, die Frauen diskriminieren. Deshalb setzt sich ATFD gemeinsam mit anderen tunesischen Organisationen außerdem dafür ein, dass diese diskriminierenden Gesetze geändert werden. Im Rahmen des Projekts organisierte ATFD zum Beispiel Demonstrationen, die sich gegen frauendiskriminierende Äußerungen im Parlament richteten und veröffentlichte Studien zur Situation von Frauenrechten in Tunesien. Durch die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit konnte das Projekt gleichzeitig Einfluss auf die Gesetzgebungen und auf die gesellschaftlichen Einstellungen zu Frauenrechten nehmen.

Ziel 2:

Politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation von Frauen fördern, auch durch Förderung staatlicher Pflichtenträgenden, politische Teilhabe von Frauen zu gewährleisten, Partizipationsprozesse inklusiv zu gestalten und Teilhaberechte rechtlich und institutionell zu verankern

Frauen im Nahen Osten in führenden Positionen stärken

In vielen Ländern des Nahen Ostens sind Frauen kaum in zentralen Positionen der Politik und der Verwaltung vertreten. So beträgt im Libanon der Frauenanteil im Parlament beispielsweise lediglich 5 Prozent. Häufige Hindernisse dafür sind patriarchalische Strukturen und vorherrschende Geschlechterrollen. Das Vorhaben „Stärkung von Frauen in führenden Positionen in Verwaltung und Zivilgesellschaft im Nahen Osten (LEAD)“ **fördert deswegen in den Palästinensischen Gebieten, in Jordanien und im Libanon die politische Teilhabe von Frauen.**

Im Rahmen des Vorhabens wurden mehr als 3.300 Frauen in Gemeinderäten, weiteren öffentlichen Gremien und zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Führungs- und Managementkompetenz gestärkt.

Hierfür werden drei sich ergänzende Ansätze verfolgt. Einerseits wird ein Fokus auf Frauen in der Kommunalpolitik gesetzt. Im Rahmen des Vorhabens wurden mehr als 3.300 Frauen in Gemeinderäten, weiteren öffentlichen Gremien und zivilgesellschaftlichen Organisationen geschult oder sensibilisiert und unter anderem in ihrer Führungs- und Managementkompetenz gestärkt. Viele dieser Frauen nehmen zudem an Netzwerktreffen und Mentoring-Projekten teil, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken. Außerdem wurden über 100 Kleinprojekte von engagierten Frauen gefördert, was das Vertrauen in weibliche Führungskräfte in den Gemeinden stärkt und konkrete Verbesserungen in den jeweiligen Gemeinden bewirkt. Eine stärkere Beteiligung von Frauen hängt auch von der Unterstützung von Männern ab, weswegen ausgewählte männliche Akteure sensibilisiert und als

change agents in das Vorhaben miteinbezogen wurden. Als weiterer Ansatz zielte das Vorhaben darauf ab, die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung von Frauen zu verbessern. In ausgewählten Gemeinden wurde durch *Gender Audits* daher überprüft, wie die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Programmen und Strukturen der Gemeinde verankert ist. Daraus resultierende Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen wurden mithilfe des Vorhabens umgesetzt. Der dritte Ansatz des Vorhabens richtete sich auf die Etablierung bzw. Stärkung bereits bestehender Gender-Plattformen und Netzwerke, die sich für eine stärkere politische Teilhabe von Frauen engagieren. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke in den drei Ländern führten mehr als 70 Veranstaltungen, Dialog- und Austauschforen zwischen Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft durch.

Das Vorhaben förderte die politische Beteiligung von Frauen in den Palästinensischen Gebieten, in Jordanien und im Libanon weitreichend. Durch die verschiedenen Ansätze wurde erreicht, dass engagierte Frauen gezielt in ihren fachlichen Kompetenzen gestärkt und untereinander vernetzt sind. Außerdem wurden Kommunalpolitiker erfolgreich sensibilisiert und gendersensible Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung von Frauen in den Gemeinden gefördert.

Ziel 3:

Die zivilgesellschaftliche Frauenrechtsarbeit unterstützen und Menschenrechtsverteidigende schützen

Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten Rechtsberatung für Frauen in Sambia an

Der gleichberechtigte Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit ist für viele Frauen nicht gewährleistet. In Sambia werden Frauen in ländlichen Gebieten nach traditionellem Recht oft im Bereich des Erbrechts, bei dem Landerwerb und bei Scheidungen benachteiligt. Das Vorhaben „Politische Teilhabe von Zivilgesellschaft an Governance-Reformen und Armutsminderung in Sambia“ **unterstützt**

deshalb zusammen mit der Europäischen Union Frauenrechtsorganisationen bei der Rechtsberatung von Frauen in Sambia. Das Projekt fördert u. a. die *Young Women Christian Association (YWCA)*. Diese berät in Lusaka monatlich über 150 Klientinnen. Auch die *Kitwe District Land Alliance* wird unterstützt, die bereits über 300 Frauen bei rechtlichen Fragen in Bezug auf Landrecht beraten konnte. Die Beratungen in den Bereichen Landrecht, Erbrecht oder Familienrecht führen langfristig zu einer Verbesserung der ökonomischen Lage der Frauen. Frauen haben zum Beispiel die Möglichkeit, nach einer Scheidung Unterhalt zu fordern, müssen als Erbin nicht das Grundstück verlassen, wenn der Mann verstirbt, oder können einen Landtitel nutzen, um einen Kredit zu erhalten.

Durch die Arbeit mit Frauenrechtsorganisationen stärkt das Projekt die sambische Zivilgesellschaft. Da die verschiedenen Organisationen gut im Land etabliert und vernetzt sind, können sie viele Frauen erreichen. Durch die Steigerung der Kapazitäten der Organisationen können sie sambische Frauen auch über das Projektende hinaus unterstützen.

Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung



Aufgrund geschlechtsspezifischer Diskriminierung bestehen in der Landwirtschaft erhebliche Gender Gaps. Oft fehlt es Frauen an Grundvoraussetzungen wie dem Zugang zu und der Kontrolle über produktive Ressourcen, Entscheidungsmöglichkeiten oder gleicher Bezahlung, um ihre Potentiale zu entfalten. Weltweit sind beispielsweise nur etwa 13 Prozent aller Landbesitzenden Frauen. Das Risiko schwerer Ernährungsunsicherheit ist ebenfalls nicht für alle gleich und auf globaler Ebene für Frauen um etwa 27 Prozent höher als für Männer⁷. Dies behindert das Wirtschaftswachstum ländlicher Gemeinden und ihre Fähigkeit, zur landwirtschaftlichen Produktion und Ernährungssicherheit beizutragen. Eine Gleichstellung in diesem Bereich könnte den weltweiten Ertrag steigern und dazu führen, dass weniger Menschen hungern.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Rechte von Frauen und Mädchen jeden Alters in der ländlichen Entwicklung, der Landwirtschaft und Ernährungssicherung zu stärken.**
- **Teilhabe von Frauen an Systemen der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion sicherzustellen und ihre aktive Einbindung in Wertschöpfungsketten zu fördern, u. a. durch berufliche Bildung.**
- **Geschlechtersensible Gestaltung, Durchführung, Monitoring und Wirkungserfassung von Vorhaben der ländlichen Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung zu verbessern.**

Schon als der GAP II 2016 in Kraft trat, stieg die Anzahl der Menschen, die an chronischem Hunger und Mangelernährung leiden, kontinuierlich an. Leider konnte dieser Trend bisher nicht umgekehrt werden.⁸ Um darüber hinaus auch die wachsende Weltbevölkerung ernähren zu können, muss die Nahrungsmittelproduktion bis zum Jahr 2050 um 50 Prozent gesteigert werden. Die Covid-19 Pandemie verschärft die Ernährungsunsicherheit weiter.⁹

Aktivitäten

Die folgenden Leuchttürme zeugen davon, wie mit umfassenden Ansätzen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gestärkt, aber auch existierende soziale Normen und Rollen in der Landwirtschaft hinterfragt wurden.

8 FAO (2017): **The State of Food and Agriculture. Leveraging Food Systems for Inclusive Rural Transformation**, S. xii.

9 UN Women (2020): **Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2020**, S. 7.

Ziel 1:

Rechte von Frauen und Mädchen jeden Alters in der ländlichen Entwicklung, der Landwirtschaft und Ernährungssicherung stärken

Ernährungssicherheit schaffen und Frauen im Ostkongo stärken

Der Ostkongo wird als die Region mit den meisten Ressourcen innerhalb der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) angesehen. Jedoch ist der Ostkongo seit vielen Jahren von bewaffneten Konflikten geprägt, die zu weit verbreiteter Armut und fehlenden staatlichen Strukturen führen. In diesem Kontext sind Frauen am stärksten von Armut betroffen und Ernährungsunsicherheit in besonderem Maße ausgesetzt. Sie besitzen im privaten und öffentlichen Raum wenig Mitspracherechte und sind strukturell benachteiligt. In Kooperation mit dem Welternährungsprogramm (WEP) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) fördert das Vorhaben Maßnahmen, um die Ernährungssicherheit zu

stärken und die Lebensgrundlagen im Ostkongo wiederherzustellen. Dafür wird ein umfassender Ansatz zur Stärkung von Frauen verfolgt.



Rund

48 Prozent

der Führungspositionen in den geförderten gemeindebasierten Organisationen im Ostkongo werden mittlerweile von Frauen besetzt.

Um die Lebensverhältnisse im Ostkongo zu verbessern und zu einer Stabilisierung der Post-Konflikt-Gebiete beizutragen, wurden unter anderem Kurse zur Alphabetisierung und finanziellen Grundbildung von Frauen durchgeführt. Darüber hinaus nahmen 5.000 Frauen an sogenannten *Cash-for-Work* Maßnahmen teil, die Einkommen generierten. Ein weiteres wichtiges Element des Vorhabens war die Unterstützung von DIMITRA Clubs der FAO. DIMITRA Clubs sind selbstorganisierte Gruppen von bis zu 30 Personen, die sich für Veränderungen in ihren Gemeinden einsetzen. Insbesondere für Frauen bieten sie ein Forum zur Stärkung ihrer Position im Haushalt und in der Gemeinde. Die Clubs bieten Frauen außerdem die Gelegenheit, sich untereinander zu vernetzen, was wiederum zu einer längerfristigen Veränderung der lokalen Strukturen beiträgt.

Das Vorhaben zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Ostkongo erreichte wichtige Fortschritte. In den geförderten gemeindebasierten Organisationen besetzen

Frauen mittlerweile rund 48 Prozent der Führungspositionen. Seit Anfang 2020 wird mit dem Vorhaben „Gemeinsam integriertes Resilienzprogramm“ an die Erfolge angeknüpft und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) als Umsetzungspartner miteinbezogen. Um die Ursachen von Ernährungsunsicherheit und Hunger weiterhin angemessen zu adressieren, werden Maßnahmen zur Bekämpfung von Mangelernährung mit dem Bereich Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) verbunden. Durch die geförderten Maßnahmen und den umfassenden Ansatz konnten die **wirtschaftliche Unabhängigkeit der teilnehmenden Frauen und ihre Beteiligung in gemeindebasierten Organisationen bedeutend gesteigert werden.**

Ziel 2:

Teilhabe von Frauen an Systemen der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und ihre aktive Einbindung in Wertschöpfungsketten fördern, u. a. durch berufliche Bildung

Frauen in der togoischen Landwirtschaft einbeziehen und stärken

In Togo sind viele Menschen von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Die Landwirtschaft des Landes ist wenig entwickelt, trägt jedoch mit 40 Prozent bedeutend zum Bruttoinlandsprodukt bei. Das Projekt „Ländliche Entwicklung einschließlich Landwirtschaft in Togo“ hat zum Ziel, das Wachstum der togoischen Agrarwirtschaft und Wertschöpfungsketten nachhaltig zu verbessern. Die Aktivitäten des Projekts richten sich

insbesondere an **Frauen, die gezielt dabei gefördert werden, gepachtete oder gekaufte Anbauflächen zu bewirtschaften**. Des Weiteren sollen bei den Maßnahmen des Projekts – wie beispielsweise bei der Umsetzung von Empfehlungen zur Betriebsoptimierung und der Steigerung des durchschnittlichen Einkommens – jeweils mindestens 30 Prozent Frauen beteiligt werden.

Das Projekt verfolgt einen Mehrebenenansatz, der auf die Beratung der Produzierenden auf Mikroebene, der Verbände und Dienstleistenden auf Mesoebene und der Regierungspartner auf Makroebene ausgerichtet ist. Seit dem Projektbeginn in 2016 konnten 32 Prozent der am Projekt beteiligten Frauen über eigene Anbauflächen verfügen und somit ihre eigenen Einkommen erwirtschaften. Viele Maßnahmen des Projekts sind nebst der Produktion auch auf die Förderung des Privatsektors in der weiterverarbeitenden Nahrungsmittelindustrie ausgelegt, und dabei hat insbesondere die Schaffung von Einkommen für Frauen einen klaren Vorrang. Denn in Togo sind über 80 Prozent der Beschäftigten in der Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln Frauen, welche somit besonders von diesen Maßnahmen profitieren. Das Projekt arbeitet hierbei auch eng verzahnt mit dem überregionalen Programm zur Förderung der beruflichen Qualifizierung in der Landwirtschaft zusammen. Neben der Förderung der Bäuerinnen und Bauern und Unternehmerinnen und Unternehmern bindet das Vorhaben die zuständigen staatlichen Organisationen, Verbände und Strukturen der Zivilgesellschaft ein und unterstützt die Koordination von Austauschtreffen.

Das Projekt konnte wichtige Erfolge für das Wachstum der togoischen Agrarwirtschaft erzielen und die Wertschöpfungsketten nachhaltig verbessern. Frauen wurden gezielt in die Maßnahmen eingebunden, wodurch eine höhere Anzahl von Frauen als ursprünglich geplant in landwirtschaftlichen Aktivitäten gefördert wurde. So wurde ein größerer Fokus auf die Steigerung von Einkommen für Frauen gelegt und mehr Frauen in Togo verfügen nun über eigene Anbauflächen.

Ziel 3:

Geschlechtersensible Gestaltung, Durchführung, Monitoring und Wirkungserfassung von Vorhaben der ländlichen Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung verbessern

Gendersensible Agrarforschung in Tansania und Kenia fördern

Die Herausforderungen an die globale Agrarwirtschaft und Ernährungssicherung sind vielfältig und komplex. Mädchen und Frauen sind besonders von Hunger und Nahrungsmittelknappheit betroffen. Gleichzeitig sind Frauen zentrale Akteurinnen bei der Überwindung dieser weltweiten Herausforderungen. Deshalb sorgt der „Fonds zur Förderung der personellen Zusammenarbeit mit Partnern der Internationalen Agrarforschung“ dafür, dass die **Lebenslagen und Interessen von Mädchen und Frauen bei Agrarinnovationen gezielt berücksichtigt werden**.

Dazu arbeiten Gender-Expertinnen und -Experten als Integrierte Fachkräfte (IF) an den internationalen Agrarforschungsinstituten IITA in Tansania und icipe in Kenia. Sie unterstützen Forschende dabei, die unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen aller Geschlechter bei der Beantragung, Planung und Durchsetzung von Forschungsprojekten zu berücksichtigen. Gleichzeitig werden Mitarbeitende und Forschende in Trainings für geschlechtsspezifische Fragen sensibilisiert. Darüber hinaus erheben die Gender-Expertinnen und -Experten in ihrer Arbeit Daten, die nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind. Diese Daten helfen dabei, landwirtschaftliche Technologien und Methoden zu entwickeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen von Frauen



Gendersensible

Technologien wurden entwickelt und existierende soziale Normen und Rollen in der Landwirtschaft wurden hinterfragt.

zugeschnitten sind. Gendersensible Technologien sind ein wichtiger Faktor, um die Kluft der Geschlechter im landwirtschaftlichen Sektor zu schließen.

Das Vorhaben arbeitet mit dem *reach-benefit-empower-transform*-Ansatz. Dieser zielt

darauf ab, Frauen mit ländlichen Projekten zu erreichen und landwirtschaftliche Technologien für alle Geschlechter nutzbar zu machen. Mit dem Ansatz sollen darüber hinaus die Selbstbestimmung von Frauen gestärkt und langfristig gesellschaftliche Normen verändert werden. Zum Beispiel kombiniert ein Forschungsprojekt der IITA in Tansania gendersensible Technologien mit transformativen Maßnahmen. Zur Anpassung an Trockenphasen im traditionellen Maisanbau wurden dort veränderte Bodenbearbeitungsmaßnahmen entwickelt. Bäuerinnen wollten diese Maßnahmen zwar umsetzen und hatten das technische Knowhow dazu. Sie konnten diese Entscheidung aber nicht eigenständig treffen, da die Felder in der Regel ihren Ehemännern gehörten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelten deshalb ein Konzept für landwirtschaftliche Beratung, bei dem das technische Training mit einer Sensibilisierung über Geschlechterrollen im Haushalt kombiniert wurde. Insgesamt trug das Vorhaben dazu bei, dass gendersensible Technologien entwickelt und existierende soziale Normen und Rollen in der Landwirtschaft hinterfragt wurden.

SCHWERPUNKT 3

Gewalt gegen Frauen und Mädchen



Gewalt gegen Frauen ist eine der gravierendsten und am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung. Alle Formen von Gewalt haben nicht nur für die Betroffenen schwerwiegende Konsequenzen, sondern bringen auch negative Auswirkungen für die Gesellschaft als Ganze mit. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit der Agenda 2030 deshalb unter anderem zum Ziel gesetzt, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen (SDG 5.2) sowie alle schädlichen Praktiken (SDG 5.3) zu beseitigen.

In den letzten Jahren wurden weltweit Fortschritte darin gemacht, Gewalt gegen Frauen und Mädchen und schädliche Praktiken zu überwinden.¹⁰ So ist beispielsweise der weltweite Anteil an Frauen, die als Kinder verheiratet wurden, in den letzten zehn Jahren um 15 Prozent gesunken.¹¹

¹⁰ UN Women (2019): [Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2019](#), S.10.

¹¹ UNICEF (2018): [25 million child marriages prevented in last decade due to accelerated progress, according to new UNICEF estimates](#).

Doch noch immer ist heute **weltweit jede dritte Frau während ihres Lebens mindestens einmal von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen**.¹² In manchen Ländern sind es sogar bis zu 70 Prozent der Frauen. Ca. 650 Millionen der heute lebenden Mädchen und Frauen wurden vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet. Jedes Jahr kommen weitere 12 Millionen Mädchen hinzu.¹³

¹² UN Women (2021): [Facts and Figures: Ending Violence against Women](#).

¹³ UNFPA (2021): [My Body Is My Own. Claiming the Right to Autonomy and Self-Determination](#), S.36.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Die Kooperation von Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zur Beseitigung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im internationalen Dialog zu stärken.**
- **Die Beseitigung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen jeden Alters in allen Lebensbereichen und Lebensstadien wirksam zu fördern, Partizipationsprozesse inklusiv zu gestalten und Teilhaberechte rechtlich und institutionell zu verankern.**
- **Das Engagement für die Überwindung von weiblicher Genitalverstümmelung (*female genital mutilation – FGM*), Früh- und Zwangsverheiratung und anderen schädlichen Praktiken in der deutschen EZ fortzusetzen und international zu fördern.**

Über 200 Millionen Mädchen weltweit sind von weiblicher Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation*, FGM) betroffen und über vier Millionen jährlich von FGM bedroht.¹⁴ Die Covid-19 Pandemie hebt außerdem viele der mühsam erreichten Fortschritte wieder auf. Gewalt gegen Frauen ist im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie mutmaßlich angestiegen und wird inzwischen oft als „Schattenpandemie“ bezeichnet. Nach Schätzungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) werden in Folge der Pandemie in den nächsten zehn Jahren **bis zu zehn Millionen mehr Mädchen in besonders betroffenen Gebieten dem Risiko der Kinderheirat ausgesetzt sein**. Außerdem wird es schätzungsweise zwei Millionen zusätzliche Fälle von FGM geben.¹⁵ Die Auswirkungen zeigen, wie wichtig es ist, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gezielt gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen vorgeht.

Aktivitäten

Während des Berichtszeitraums hat das BMZ ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Überwindung von Gewalt gegen Frauen unterstützt. Die Maßnahmen nahmen zum einen die Erfahrungen von Frauen und Mädchen in den Blick, adressierten darüber hinaus auch Jungen und Männer und zielten darauf ab, Männlichkeitsbilder zu transformieren. Diese **gender-transformativen Ansätze** reichten von Sensibilisierungskampagnen über die Schaffung von Netzwerken bis hin zum Dialog zwischen Generationen, wie die folgenden Leuchttürme zeigen.

¹⁴ UNICEF (2021): **Female genital mutilation**.

¹⁵ UN Women (2021): **Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2021**, S.11.

Ziel 1:

Die Kooperation von Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zur Beseitigung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im internationalen Dialog stärken

Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Ecuador bekämpfen

In Ecuador ist die weitverbreitete Gewalt gegen Frauen und Mädchen eine der größten Herausforderungen für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Ungefähr 70 Prozent der weiblichen Bevölkerung sind Überlebende von häuslicher, physischer, mentaler oder sexueller Gewalt. Auch die hohe gesellschaftliche Toleranz von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Ecuador stellt ein wesentliches Problem dar. Das Vorhaben „Prävention von Gewalt gegen Frauen“ (auch als PreViMujer bezeichnet) zielt daher darauf ab, **Bewusstsein in der ecuadorianischen Gesellschaft für die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu schaffen.**

In zahlreichen Projektmaßnahmen wurden Kapazitäten für die Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufgebaut, Studien und Forschung angestoßen sowie Veranstaltungen in Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen durchgeführt. Hierbei wurde ein sektorübergreifender Ansatz verwendet, in dem unterschiedliche Akteure u. a. des Sports, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors einbezogen wurden. Gleichzeitig richtete sich das Vorhaben auch an Kinder, Jugendliche und junge Menschen, um die kulturellen Geschlechternormen auf nachhaltige Weise zu ändern. Als weitere Präventionsmaßnahme wurde die Kampagne „Frauen frei von Gewalt: So gewinnt Ecuador!“ ins Leben gerufen. Diese nahm hauptsächlich (junge) Männer in den Blick, um den Wandel von Geschlechternormen mithilfe von weitreichender

Aufklärung zu stärken. Die Kampagne fand beispielsweise in Fußballstadien, Messen oder Parks statt und wurde durch einen digitalen Auftritt in den sozialen Medien ergänzt. Mehrere Unternehmen schlossen sich der Kampagne an und unterstützten diese. Der Erfolg führte dazu, dass die Kampagne der Nationalversammlung Ecuadors und der parlamentarischen Gruppe für Sport vorgestellt wurde.

Die Kampagne „Frauen frei von Gewalt: So gewinnt Ecuador!“ nahm hauptsächlich (junge) Männer in den Blick, um den Wandel von Geschlechternormen mithilfe von weitreichender Aufklärung zu stärken.

Das Vorhaben konnte wichtige Erfolge in der Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen erreichen. Aufgrund des sektorübergreifenden Ansatzes wurde der Austausch zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zwischen zahlreichen Bereichen der Gesellschaft wie z. B. dem Staat, der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor, der Wissenschaft und den Medien gestärkt. Durch diesen Austausch wurde ein sozialer Wandel gefördert, der Frauen und Mädchen ihr Recht auf ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung ermöglicht. Außerdem setzte die Kampagne „Frauen frei von Gewalt“ durch die Kooperation mit unterschiedlichen Partnern bedeutsame und über die Kampagne hinauswirkende Impulse.

Ziel 2:

Die Beseitigung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen jeden Alters in allen Lebensbereichen und Lebensetappen wirksam fördern

Hirtenjungen in Lesotho stärken und Männlichkeitsbilder transformieren

Anders als in den meisten Ländern sind in Lesotho Jungen teils stärker benachteiligt als Mädchen. Ein Großteil der Jungen im Alter von zehn Jahren muss Ziegen, Schafe oder Kühe hüten und dafür dauerhaft an abgelegenen Viehposten in den Bergen bleiben. Die Jungen verlassen ihre Familie und ihre Gemeinschaft für über zwölf Monate und müssen sich während dieser Zeit ohne angemessene Unterkunft, Ernährung, Kleidung und sanitäre Einrichtungen selbst versorgen. Daher hat der Ausschuss der Vereinten Nationen für Kinderrechte diese Praxis als eine der schlimmsten Formen von Kinderarbeit und Ausbeutung anerkannt. Das Projekt „*Seanamarena – Addressing herd boys in Lesotho as victims and perpetrators of human right abuses*“ hat zum Ziel, die Hirtenjungen im lesothischen Thaba Tseka Distrikt dabei zu unterstützen, für ihre **Rechte zum Schutz vor Kinderarbeit und Ausbeutung einzutreten und ihre Einstellung gegenüber Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verändern**.

Das Projekt wendet einen kinderrechtsbasierten Ansatz an, um zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation von Hirtenjungen sowie Frauen und Mädchen im Thaba Tseka Distrikt beizutragen. In Zusammenarbeit mit der lokalen Zivilgesellschaft werden die Hirtenjungen zu Kinder- und Jugendrechten, Gleichberechtigung der Geschlechter und Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufgeklärt. Die Jungen führen dann selbst *Peer-to-Peer* Workshops zu diesen Themen durch, um andere Hirtenjungen zu erreichen. 30 Hirtenjungen erhielten ein viertägiges Intensivtraining. Des Weiteren

werden die Hirtenjungen dabei unterstützt, ihre Interessen zu identifizieren, zu planen und sich dafür einzusetzen. Um über die Situation der Jungen aufzuklären, werden Pflichttragende wie Regierungsmitarbeitende, Gemeindevertreterinnen und -Vertreter und Polizei über Kinder- und Jugendrechte sowie zu den Regierungsrichtlinien für die Beschäftigung von Hirtenjungen unterrichtet. Insgesamt 65 Pflichttragende erhielten dazu ein zweitägiges Training. In einem generationenübergreifenden Dialog wird über soziale Normen reflektiert, einschließlich solcher, die für die Gemeinschaft schädlich sind.



Das Projekt konnte die Rechte von Hirtenjungen in Lesotho erfolgreich stärken und zur

Transformation von Männlichkeitsbildern beitragen.

Das Projekt konnte die Rechte von Hirtenjungen in Lesotho erfolgreich stärken und zur Transformation von Männlichkeitsbildern beitragen. Der Generationendialog führte darüber hinaus zu einer verbesserten Kommunikation innerhalb von Familien und der stärkeren Einbeziehung von Frauen in Entscheidungsfindungsprozessen.

Ziel 3:

Das Engagement für die Überwindung von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM), Früh- und Zwangsverheiratung und anderen schädlichen Praktiken in der deutschen EZ fortsetzen und international fördern

Prävention von Kinderheirat in Tansania, Simbabwe, Sambia und Malawi fördern

In Tansania, Simbabwe, Sambia und Malawi werden viele Mädchen schon als Kinder verheiratet und häufig im jugendlichen Alter schwanger. Um die Fortführung dieser Praxis zu verhindern, wurde die NRO Plan International in ihrer Arbeit mit lokalen Organisationen zur Förderung von Jugendlichen unterstützt. Ziel des Projekts „Stärkung der Zivilgesellschaft zur Beendigung der Kinderheirat im östlichen und südlichen Afrika“ ist es, mehr öffentliches **Bewusstsein für die Thematik zu schaffen und somit Kinderheirat und frühe Schwangerschaften zu verhindern**. Dabei setzt das Projekt auf eine umfassende Einbeziehung von Jugendlichen und lokalen Autoritätspersonen.

In den vier Projektländern wurden zahlreiche lokale Netzwerke auf Gemeinde- und Distriktebene in Form von Jugendclubs geschaffen. Die Jugendclubs sind eng an Kinderschutzkomitees, Lehrkräfte und Muttergruppen sowie lokale Gesundheitsstationen angebunden, die Aufklärungsarbeit leisten und denen Fälle von

Kinderheirat gemeldet werden können. Vor allem Mädchen und junge Frauen werden darüber aufgeklärt, welche Probleme Kinderheirat und frühe Schwangerschaft verursachen. Um nachhaltige Strukturen aufzubauen, wird außerdem der Dialog mit lokalen und nationalen Autoritäten gesucht, da diese eine wichtige Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung spielen. Insbesondere wurden die Autoritäten dafür sensibilisiert, wie sie sich als *change agents* für ein Ende von Kinderheirat und frühen Schwangerschaften einsetzen können. Ein Bestandteil dieser Zusammenarbeit ist, ein gemeindebasiertes Reporting-System für die Kinderheirat einzuführen. Dafür lernen Jugendliche, wie sie von Fällen berichten und aktiv zur Schattenberichterstattung beitragen können.

Neben der Arbeit des Vorhabens auf Gemeindeebene werden Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene dabei beraten, wie sie Kinderrechte und Genderthemen stärker in Policy-Dokumenten berücksichtigen können. Das Projekt sensibilisiert Regierungen für bestehende Rechtsinstrumente, die auf ein Ende von Kinderheirat und Frühschwangerschaft abzielen. Beispiele für solche Instrumente sind das Modellgesetz der Southern African Development Community (SADC) oder die Kampagne zur Beendigung der Kinderheirat in Afrika der Afrikanischen Union.

Durch die erfolgreich eingerichteten Netzwerke für Jugendliche konnte das Projekt eine gesteigerte Akzeptanz zur Beendigung der Kinderheirat und Prävention von frühen Schwangerschaften in den jeweiligen Gemeinden erreichen. Nach zweijähriger Projektlaufzeit wurde das Thema der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) im Vorhaben in den Fokus genommen. Darüber hinaus stärkte das gemeindebasierte Reporting-System die Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen und ermöglichte deren Vernetzung.

Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht

16 FRIEDEN,
GERECHTIGKEIT UND
STARKE INSTITUTIONEN



Bewaffnete Konflikte, Krisen, Flucht und Vertreibung betreffen alle Geschlechter auf unterschiedliche Art. Insbesondere Frauen und Mädchen sind von sexualisierter und geschlechtsbasierter Gewalt betroffen. Sexualisierte Gewalt im Kontext von Krisen, Konflikten, Flucht und Vertreibung hat nicht nur schwere psychische, mentale und körperliche Folgen für die Überlebenden, sondern kann die aktive Teilhabe an sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen verhindern und so den Friedensprozess erschweren. Gleichzeitig werden Frauen von Friedensprozessen häufig ausgeschlossen. Dabei führt die konsequente Einbindung von Frauen zu nachhaltigeren Ergebnissen in der Krisenprävention, der Stabilisierung von Gesellschaften nach einem Konflikt und der Friedenssicherung.¹⁶



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Zur Umsetzung der VN-Sicherheitsresolution 1325 und der Folgeresolutionen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 beizutragen.**
- **Geschlechtsspezifische Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, insbesondere von Geflüchteten, bei Wiedereingliederungsaktivitäten zu berücksichtigen und Frauen an Wiederaufbaumaßnahmen zu beteiligen.**
- **Die Beteiligung von Frauen an der Konfliktprävention und -bewältigung sowie an Friedensprozessen und -verhandlungen einzufordern und zu unterstützen.**
- **Überlebende sexueller Gewalt durch psychosoziale Ansätze zu begleiten, zu fördern und zu stärken, um ihre Mitwirkung am Wiederaufbau zu ermöglichen.**
- **Schutz und Sicherheit von Frauen und Mädchen auf der Flucht umfassender zu berücksichtigen.**

Die internationale Gemeinschaft hat deshalb mit der Verabschiedung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 und den mittlerweile neun weiteren Folgeresolutionen die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ins Leben gerufen. Sie beinhaltet neben dem Schutz vor konfliktbezogener sexualisierter und geschlechtsbasierter Gewalt auch die gleichberechtigte und bedeutsame Teilhabe von Frauen an Prozessen der Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenssicherung. Auch die Agenda 2030 mit SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) fordert, dass bis 2030 alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringert (SDG 16.1), auf allen Ebenen für eine bedarfsorientierte, inklusive, partizipatorische und repräsentative Entscheidungsfindung gesorgt (SDG 16.7) sowie der öffentliche Zugang zu Informationen gewährleistet sein muss (SDG 16.10).

Aktivitäten

Der zweite Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit des UN-Sicherheitsrats (2017-2020) bildete im Berichtszeitraum den Rahmen des BMZ-Engagements in dem Schwerpunkt ‚Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht‘. Die folgenden Leuchttürme zeugen von dem ganzheitlichen Ansatz, den das BMZ zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit verfolgt hat.

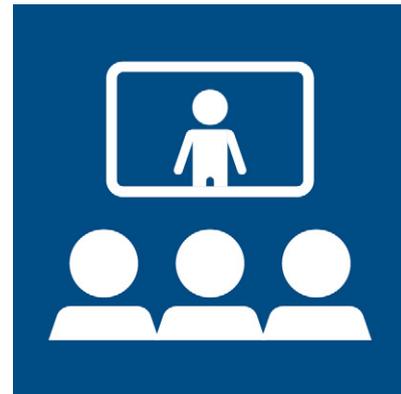
Ziel 1:

Zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 und der Folgeresolutionen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 beitragen

Geflüchtete Frauen im Irak in der Aufarbeitung von geschlechtsbasierter Gewalt unterstützen

Mit dem Vormarsch des sog. „Islamischen Staats“ in weiten Teilen des Irak 2014 waren rund 2,6 Millionen interne irakische Geflüchtete sowie hunderttausende Menschen aus Syrien innerhalb des Irak auf der Flucht. Fast ein Drittel der Geflüchteten haben in Camps und Städten der Kurdischen Region des Irak Zuflucht gefunden. Zahlreiche geflüchtete Frauen sowie Frauen aus Gastgemeinden sind neben politischer Gewalt auch sozialer und geschlechtsbasierter häuslicher Gewalt ausgesetzt. Die bestehenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zum Schutz und zur Beratung von Frauen in Gewaltsituationen sind angesichts der anhaltenden Krise in der kurdischen Region im Irak überfordert. Häufig verfügen sie nicht über die Mittel, um den Überlebenden von geschlechtsbasierter Gewalt angemessene Unterstützung anzubieten und weitere Gewalt zu verhindern.

Um **Beratungsangebote für geflüchtete Frauen mit geschlechtsbasierten Gewalterfahrungen zu ermöglichen, Schutzmaßnahmen zu etablieren und Präventivmaßnahmen zu unterstützen**, wird das Projekt „Erweiterung individueller und struktureller Handlungskompetenz zur Überwindung von (S)GBV in Unterkünften für Geflüchtete und Gastgemeinden in der kurdischen Region im Irak“ der NROs medica mondiale e.V. und HAUKARI e.V. gefördert. Ziel des Projekts ist die Qualifizierung, Stärkung und Vernetzung von



Fortbildungen

zu traumasensiblen Ansätzen verbesserten die Unterstützungsleistungen der Beratungszentren maßgeblich.

lokalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, um Frauen mit geschlechtsbasierten Gewalterfahrungen besser beraten zu können. Insgesamt sollen durch das Projekt mehr als 13.200 Personen, davon ca. 70 Prozent Frauen und Mädchen, unterstützt werden.

Das Projekt verfolgt einen Mehrebenenansatz, der den Ausbau lokaler, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Beratungsstrukturen mit sozialer Arbeit und Bildung in den Provinzen Duhok, Erbil und dem Sulaimania/Germian-Gebiet kombiniert. Von September 2018 bis Ende 2019 erhielten bereits über 950 Frauen und 170 Männer qualifizierte Beratungen, knapp 1.400 Frauen und 140 Männer nahmen an kombinierten Berufs- und Ausbildungstrainings teil und über 6.300 Personen wurden durch Sensibilisierungsmaßnahmen aufgeklärt. Des Weiteren erhielten 210 Fachkräfte Supervisionen und Fortbildungen und über 850 Mitarbeitende von Gesundheits- und Bildungsinstitutionen nahmen an Sensibilisierungstrainings teil. Mehrere Beratungsstellen und Unterkünfte für Geflüchtete wurden zu Logistik und Infrastruktur beraten und ein neues Beratungszentrum eröffnet. Aufgrund des Mehrebenenansatzes und der vielfältigen Maßnahmen verbesserte das Projekt die Beratungsangebote für Frauen mit geschlechtsbasierten Gewalterfahrungen bedeutend. Die Projekterfahrungen zeigen, dass die

angebotenen Beratungsmöglichkeiten für Frauen die Hemmschwelle senken, sich Unterstützung zu suchen. Zudem lassen sich Veränderungen in den Lebensumständen der Frauen beobachten: Sie werden selbstbewusster, sensibilisieren als Folge auch ihre Familien und schaffen selbst neue *Peer Groups*. Fortbildungen zu traumasensiblen Ansätzen verbesserten die Unterstützungsleistungen der Beratungszentren maßgeblich.

Ziel 2:

Geschlechtsspezifische Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, insbesondere von Geflüchteten, bei Wiedereingliederungsaktivitäten berücksichtigen und Frauen an Wiederaufbaumaßnahmen beteiligen

Eine wirtschaftliche Perspektive für geflüchtete Frauen in Somalia

In Somalia sind auf Grund von jahrelangen innenpolitischen Konflikten viele Frauen auf der Flucht. Sie haben oft große Probleme, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und sind nicht gleichberechtigt am Wiederaufbau des Landes beteiligt. Sie befinden sich in einer wirtschaftlich und sozial vulnerablen Position. In der Stadt Kismayo unterstützt das Vorhaben „Förderung der Rückkehr somalischer Flüchtlinge“ **durch einen gemeindeorientierten Reintegrationsansatz in Somalia deshalb insbesondere weibliche Geflüchtete, Rückkehrerinnen und Binnenvertriebene dabei, ihre Lebensgrundlagen zu verbessern**. Das Vorhaben fördert die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen durch einen umfassenden Ansatz, bei dem Frauen durch

fachliche Trainings, Finanzdienstleistungen und psychosoziale Beratungen unterstützt werden. Durch die Kombination der verschiedenen Maßnahmen adressiert das Projekt die unterschiedlichen Dimensionen, die für eine langfristig nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards entscheidend sind.

Um ihre wirtschaftliche Perspektive zu verbessern, bildet das Projekt Frauen aus und weiter. Über 550 Frauen erhielten durch das Projekt ein Training, um ihre betriebswirtschaftlichen Kompetenzen zu stärken. Damit die Frauen diese Kompetenzen auch praktisch anwenden können und um den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, vermittelt ihnen das Projekt Praktikumsplätze im Anschluss an die Kurse. Für Frauen, die gerne selbst unternehmerisch tätig werden wollen, stellt oft der mangelnde Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten eine der größten Hürden dar. Deshalb erhielten mehr als 200 Frauen durch das Projekt auch Zugang zu Krediten, in Kombination mit Mentoring und Karriereberatung. Gleichzeitig baut das Projekt auf Gemeindeebene zusammen mit Einwohnerinnen Spar- und Darlehenssysteme auf. So können langfristig noch mehr Frauen Zugang zu Finanzdienstleistungen erhalten.



Über

550

Frauen erhielten durch das Projekt ein Training, um ihre betriebswirtschaftlichen Kompetenzen zu stärken.

Besonders im Konfliktumfeld sind vermehrt Frauen von geschlechtsbasierter Gewalt betroffen und ihre Rechte werden missachtet. Die psychischen Auswirkungen solcher Erlebnisse dauern lange an. Deshalb fördert das Projekt neben den unternehmerischen Maßnahmen auch psychosoziale Dienstleistungen. Diese unterstützen Frauen dabei, das Erlebte zu verarbeiten. Denn auch die mentale Gesundheit von Frauen stellt eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung ihres Lebensstandards dar.

Ziel 3:

Beteiligung von Frauen an der Konfliktprävention und -bewältigung sowie an Friedensprozessen und -verhandlungen einfordern und unterstützen

Förderung eines geschlechtergerechten Friedens in Kolumbien

Der kolumbianische Friedensprozess gilt als Vorbild dafür, die Gleichberechtigung der Geschlechter als Bedingung für einen stabilen und dauerhaften Frieden zu sehen. So sind im Friedensabkommen 130 Maßnahmen verankert, die die Beteiligung von Frauen garantieren und ihre Rechte berücksichtigen sollen. Doch die Umsetzung der Maßnahmen hakt.

Das Vorhaben „Programm zur Unterstützung der Friedensentwicklung in Kolumbien (Propaz I)“ leistet in Kooperation mit der Europäischen Union deshalb einen **Beitrag dazu, dass geschlechtsspezifische Bedürfnisse und Erfahrungen in Friedenspolitiken einfließen**. Insbesondere indigene Frauen oder LSBTI-Personen werden darin bestärkt, sich aktiv und

gleichberechtigt an den Friedensprozessen in Kolumbien zu beteiligen.

In Trainings lernen Frauenrechts- und indigene Organisationen, wie sie ihre Stimmen stärken und an der Umsetzung des Friedensabkommens teilhaben können. Die Gemeinde Curillo in der Provinz Caquetá wurde zum Beispiel dabei unterstützt, ihre lokale Friedenspolitik mit einem Fokus auf der Prävention geschlechtsbasierter Gewalt zu formulieren und umzusetzen. Darüber hinaus möchte das Vorhaben Partner darin stärken, den Konflikt aus Genderperspektive aufzuarbeiten und geschlechtsbasierte Gewalt sichtbar zu machen. In den Projektregionen Meta, Caquetá und Norte de Santander werden Frauen und Mitglieder der LSBTI community darin gefördert, ihre Erlebnisse im Bürgerkrieg in die offiziellen Aufarbeitungsprozesse einzubringen. In Meta wird eine Gruppe von Frauen zum Beispiel darin unterstützt, einen Bericht mit persönlichen Erfahrungen sexualisierter Gewalt im Konflikt zu erstellen und dem Sondergericht und der Wahrheitskommission vorzulegen. Insgesamt haben im Rahmen des Vorhabens etwa 140 Erinnerungsinitiativen zur Aufbereitung der Vergangenheit beigetragen, 20 Prozent davon mit einem spezifischen Fokus auf geschlechtsbasierte Gewalt. Durch die Verankerung von partizipativen Ansätzen konnte das Vorhaben dafür Sorge tragen, dass geschlechtsspezifische Bedürfnisse und Interessen in den Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Friedensprozessen in Kolumbien berücksichtigt und einbezogen werden.

Das Folgevorhaben „Konsolidierung des Friedens in Kolumbien (ProPaz II)“ wird die erprobten Ansätze zur Stärkung und zum Schutz von Opferrechten weiter umsetzen. Über die Nutzung von innovativen, digitalen Ansätzen sollen Überlebende stärker an den Friedensprozessen beteiligt werden.

Ziel 4:

Überlebende sexueller Gewalt durch psychosoziale Ansätze begleiten, fördern und stärken

Die Menschenrechte von Frauen und indigenen Gruppen in Guatemala stärken

Die Gesellschaft in Guatemala ist durch Gewalt, Armut und extreme Ungleichheit geprägt und ethnische, kulturelle sowie geschlechtsspezifische Diskriminierungen sind weit verbreitet. Die staatlichen Institutionen können häufig die Grundbedürfnisse und Rechte der Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend gewährleisten. Dies führt auch dazu, dass Menschenrechtsverletzungen aus Vergangenheit und Gegenwart kaum verfolgt werden. Das Vorhaben „Ziviler Friedensdienst: Stärkung der Menschenrechte und Förderung gewaltfreier sozialer Beziehungen als Beitrag zur Friedensentwicklung in Guatemala“ **berät staatliche und nichtstaatliche Akteure dazu, sich effektiv für den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte einzusetzen.**

Die Maßnahmen des Vorhabens richten sich auf drei Wirkungsbereiche. Zum einen sollen die Menschenrechte insbesondere von Frauen und indigenen Gruppen auf lokaler Ebene geschützt werden. Zum anderen wird die Aufarbeitung von vergangenen und gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen gefördert. Drittens wird beabsichtigt, Menschenrechtsverletzungen als Ursache und Folge sozialer Konflikte zu analysieren, um diese gewaltfrei zu bearbeiten. Wichtige Ansätze stellen dabei die Begleitung von Betroffenenengruppen, die Erinnerungs- und Menschenrechtsarbeit, die Einbeziehung von Kunst, Kultur und neuen Medien als Mittel der Friedensarbeit sowie die Schaffung von Dialogräumen dar. Die Mehrheit der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, die durch das Vorhaben beraten werden, konkretisierten ihre Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von

Frauen und wendeten eine Genderperspektive zur Überprüfung und Anpassung ihrer Ziele an. Indigene Gruppen wurden gezielt gefördert und artikulieren die Forderungen zur Ausübung ihrer kollektiven Rechte zunehmend selbstbewusster. Darüber hinaus engagieren sich zunehmend mehr junge Menschen im Bereich der Vergangenheitsarbeit unter Nutzung Sozialer Medien. Insgesamt wurde eine stärkere Zusammenarbeit in der Vergangenheitsarbeit zwischen den Projektpartnern und den Zielgruppen erreicht, wodurch diese sich zunehmend befähigt fühlen, ihre Anliegen proaktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Im Rahmen des Vorhabens wurden wichtige Strukturen zur Stärkung der Menschenrechte von Frauen und indigenen Gruppen in Guatemala gefördert. Die bessere Vernetzung der Akteure trägt zu mehr Kooperation und Austausch bei. Um auf die erreichten Fortschritte aufzubauen, wird ein Folgevorhaben mit dem Titel „Stärkung von gesellschaftlicher Partizipation und Menschenrechten, Förderung gewaltfreier sozialer Beziehungen für eine demokratische Friedenskultur“ von 2021 bis 2023 umgesetzt.

Ziel 5:

Schutz und Sicherheit von Frauen und Mädchen auf der Flucht umfassender berücksichtigen

Die Aufnahme von Geflüchteten in Kolumbien und Ecuador sozialverträglich gestalten

Angesichts der verschärften politischen und wirtschaftlichen Situation in Venezuela sind zwischen 2017 und Mitte 2019 über 4 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner nach

Kolumbien und Ecuador geflüchtet. Die lokalen Behörden und die Bevölkerung der aufnehmenden Gemeinden beider Länder sind durch die hohe Anzahl an geflüchteten Personen überfordert. Vor allem vertriebene und indigene Mädchen und Frauen sind gefährdet, physische, sexuelle und strukturelle Gewalt zu erfahren. Insbesondere in Grenznähe fehlt es an ausreichenden Angeboten der Rechtsberatung, der psychosozialen Betreuung sowie der Beschäftigungsförderung.

Das Vorhaben „Unterstützung der Aufnahmegemeinden für geflüchtete Menschen in den Grenzregionen von Kolumbien, Ecuador und Peru (SI FRONTERA)“ beabsichtigt deswegen, staatliche, private und zivilgesellschaftliche Akteure in den Grenzregionen Kolumbiens und Ecuadors dabei zu unterstützen, die geflüchteten Menschen sozialverträglich und beschäftigungswirksam aufzunehmen.

Das Vorhaben fördert zwei ausgewählte Projektpartner dabei, die **sozioökonomische Integration von geflüchteten Personen durch Beratung und Unterstützung bei der Unternehmensgründung zu verbessern**. Bei dieser Maßnahme wurden knapp 550 Teilnehmende (davon 385 Frauen) gefördert. Beide Partnerorganisation haben darüber hinaus im Auftrag des Vorhabens über 1.700 Personen (davon mehr als 1.000 Frauen) zu rechtlichen Migrations- und Integrationsfragen beraten. Bei der psychosozialen Beratung und Betreuung wurde ein Fokus auf Frauen gelegt, die Gewalt oder andere Misshandlungen auf der Flucht erfahren haben. Hierzu wird ein Frauenhaus darin unterstützt, ambulant psychosoziale Beratung für



Über

1.700

Personen (davon mehr als 1.000 Frauen) wurden im Auftrag des Vorhabens zu rechtlichen Migrations- und Integrationsfragen beraten.

Frauen anzubieten. In den ersten drei Monaten des Jahres wurden 46 Überlebende von Gewalt psychologisch beraten und betreut, 125 Personen wurden rechtlich beraten und 45 Frauen wurden bei ihrer Reintegration in soziale Strukturen begleitet. Des Weiteren arbeitet das Vorhaben mit wichtigen nationalen Institutionen wie dem Menschenrechtsministerium und dem Nationalen Rat für die Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten zusammen, um Frauen und Kinder besser gegen Gewalt schützen zu können.

Als nächste Schritte sind die fachliche und finanzielle Unterstützung beim Bau einer Notunterkunft für Frauen, Kinder und Jugendliche sowie der Ausbau der Beratung für Schutz- und Frauenhäuser geplant.

Bildung

4 HOCHWERTIGE BILDUNG



Bildung ist ein Menschenrecht und der gleichberechtigte Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Die Potenziale der Bildungsförderung sind vielfältig und für alle Themenbereiche der Entwicklungszusammenarbeit relevant. Schulische Bildungen und Ausbildungen sorgen dafür, dass Frauen ihr Einkommen steigern und die Wirtschaft stärken können. Außerdem fördert Bildung ihre soziale, politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung, zum Beispiel im Bereich der Familienplanung. Das SDG 4 der Agenda 2030 zielt deshalb darauf ab, eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle zu fördern.

Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern werden immer kleiner. Doch noch immer gibt es im Bildungsbereich vielfältige Barrieren für Mädchen. Aktuell sind etwa **130 Millionen Mädchen und Frauen von Bildung ausgeschlossen**.¹⁷ Die Covid-19 Pandemie droht, die Barrieren zu verstärken und die erzielten Fortschritte teilweise wieder rückgängig zu machen. Bis zu 20 Millionen Mädchen könnten aufgrund von Frühheirat oder Schwangerschaft die Schule abbrechen. Für die Entwicklungszusammenarbeit spielt

Mädchenbildung in der Zeit nach der Covid-19 Pandemie daher weiterhin eine zentrale Rolle.

Aktivitäten

Die folgenden Leuchttürme zeugen vom vielfältigen und ganzheitlichen Bildungsansatz, den das BMZ im Berichtszeitraum verfolgt hat: Das Engagement reichte vom Aufbau der Kapazitäten in der geschlechtergerechten Bildungsplanung über die Förderung von Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven von Frauen und Mädchen in digitalen Sektoren bis hin zur Sensibilisierung von Gemeinden zur Bedeutung geschlechtergerechter Bildung.

¹⁷ ONE (2017): **Wo es für Mädchen am schwersten ist, in die Schule zu gehen.**



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- Den gleichberechtigten Zugang von Mädchen und Frauen jeden Alters zu qualitativ hochwertiger und kulturell annehmbarer Bildung sowie ihren Verbleib in Bildungseinrichtungen in allen Lebensphasen gezielt zu fördern.
- Den Anteil von Mädchen und Frauen in der beruflichen Bildung messbar zu erhöhen.
- Bildungsangebote gendersensibel zu gestalten und auf den Abbau diskriminierender Geschlechterstereotype hinzuwirken.
- Umfassende Sexualerziehung in Curricula zu verankern, inkl. wertschätzender Information über unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten.

Ziel 1:

Gleichberechtigten Zugang von Mädchen und Frauen jeden Alters zu qualitativ hochwertiger und kulturell annehmbarer Bildung sowie ihren Verbleib in Bildungseinrichtungen in allen Lebensphasen gezielt fördern

Gendersensible Bildungssysteme in Subsahara-Afrika stärken

Trotz erheblicher Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter sind drei Viertel der Kinder, die wahrscheinlich nie eine Grundschule besuchen werden, Mädchen. In Subsahara-Afrika sind 52 Millionen von ihnen von Bildung ausgeschlossen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Situation durch die Covid-19 Pandemie noch verschärft.

Die von der G7 2019 auf den Weg gebrachte „Gender at the Centre Initiative (GCI)“ zielt deshalb darauf ab, dass **langfristig mehr Mädchen und junge Frauen die Möglichkeit haben, die Schule zu besuchen und dort zu bleiben**. Sie unterstützt acht Pilotländer in Subsahara-Afrika, nämlich Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Mosambik, Niger, Nigeria, Sierra Leone und Tschad, dabei, die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Bildungssystemen zu stärken. Die vom BMZ unterstützte GCI wird von der *United Nations Girls Education Initiative* (UNGEI) koordiniert.

Die Initiative fördert Bildungsministerien in den Ländern darin, Strategien, Programme und Budgetplanung im Bildungssektor gendersensibel zu gestalten. Das bedeutet, die besonderen Belange von Mädchen und jungen Frauen in der Bildung zu berücksichtigen, zum Beispiel im Hinblick auf die Lehrpläne und die schulische Infrastruktur. Im ersten Schritt wurden Studien in den jeweiligen Partnerländern durchgeführt, um zu analysieren, welche Hindernisse es für die Gleichberechtigung der Geschlechter im Bildungsbereich gibt. Auf Basis dieser Studien wurde gemeinsam erarbeitet, wie gendersensible Strategien, Programme und Budgetpläne entwickelt, umgesetzt und evaluiert werden können.



Die Initiative fördert Bildungsministerien in den Ländern darin, Strategien, Programme und Budgetplanung im Bildungssektor

gendersensibel
zu gestalten.

Durch regionale Netzwerkveranstaltungen konnte bereits ein konstruktiver Austausch und wechselseitiges Lernen zwischen den Partnerländern erreicht werden. In Zukunft wird die Initiative auch den Austausch zwischen den einzelnen Ministerien sowie mit der Zivilgesellschaft weiter fördern. So soll ermöglicht werden, dass auch zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen der GCI Maßnahmen für mehr Gleichberechtigung der Geschlechter im Bildungsbereich umsetzen können.

Ziel 2:

Den Anteil von Mädchen und Frauen in der beruflichen Bildung messbar erhöhen

Unterstützung des Berufsbildungssektors in Pakistan

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Pakistan ist mit 25 Prozent im Vergleich zu 82 Prozent Erwerbsbeteiligung von Männern sehr niedrig. Daher hat sich das Vorhaben „Unterstützung des Berufsbildungssektors in Pakistan“ zum Ziel gesetzt, bis 2021 rund 15.000 Mädchen und Frauen beruflich besser zu qualifizieren. Dies wird unter anderem durch die Verbesserung der Qualität der Ausbildungsformate erreicht. Als Voraussetzung werden verstärkt für Frauen gesellschaftlich nachgefragte Qualifikationsangebote entwickelt, wie beispielsweise Assistenz Tätigkeiten im medizinischen Bereich oder auch Kosmetikerin. Weiterhin wird die Aus- und Weiterbildung von weiblichem Berufspersonal gefördert, d. h. von Lehrerinnen, Prüferinnen und Schuldirektorinnen, die neben ihrem Beruf auch eine Vorbildfunktion für junge Frauen ausüben. Begleitende Informationskampagnen sollen Familien vom Mehrwert einer Ausbildung ihrer Töchter überzeugen und Arbeitgeber sensibilisieren.

Weiterhin wird die Aus- und Weiterbildung von weiblichem Berufspersonal gefördert, d. h. von genügend Lehrerinnen, Prüferinnen und Schuldirektorinnen, die neben ihrem Beruf auch eine Vorbildfunktion für junge Frauen ausüben.

Es haben bereits 17.690 Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung abgeschlossen, mehr als 7.000 davon sind junge Frauen. Verschiedene Medienkampagnen haben sich als reichweitenstark und erfolgreich erwiesen, wie beispielsweise eine TV-Kampagne, die über Möglichkeiten der Berufsbildung informierte und 14 Millionen Haushalte erreichte. Eine Radiokampagne erreichte zudem rund 5,5 Millionen Menschen. Parallel dazu wurde eine Programmwebseite aufgesetzt und verschiedene Social-Media-Kanäle genutzt. Für die aktuelle Phase des Projekts sind knapp 900 Auszubildende in Trainingsmaßnahmen eingeschrieben, davon rund ein Viertel Frauen. Auch Berufsberatungsformate und Berufsorientierungsmaßnahmen werden in der aktuellen Phase durchgeführt, die insbesondere Frauen den Weg in die Arbeitswelt erleichtern.

Ziel 3:

Bildungsangebote gendersensibel gestalten und auf den Abbau diskriminierender Geschlechterstereotypen hinwirken

Mit dem Radio die Rolle von Kleinbäuerinnen in Nigeria stärken

Kleinbäuerinnen übernehmen eine unverzichtbare Rolle in der nigerianischen Landwirtschaft. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen produzieren und verdienen sie allerdings deutlich weniger, wie verfügbare Daten zu den Gesamternten in Nigeria zeigen. Grund dafür ist, dass Frauen oft der Zugang zu Land, Arbeitskräften und Geräten fehlt, sowie zu Informationen über die Landwirtschaft. Bestehende Beratungsangebote

sind unzureichend und können insbesondere Kleinbäuerinnen in abgelegenen Gebieten kaum erreichen.

Das Projekt „Radio Enabling Green Innovation in Nigeria“, welches im Rahmen des Vorhabens „Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ unterstützt wurde, vermittelt deshalb über ein interaktives Radioprogramm Wissen und Informationen über gute landwirtschaftliche Praktiken und Farmmanagement in der Wertschöpfungskette Kartoffel. Dabei stellt das Projekt die **spezifischen Bedürfnisse von Frauen in den Mittelpunkt und zielt darauf ab, die Rolle der Kleinbäuerinnen in der ländlichen Gesellschaft zu stärken.**

Ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg ist der partizipative Ansatz, den das Projekt verfolgt. Schon in der Planung des interaktiven Radioprogramms nahmen Frauen teil und konnten ihre Wünsche und Bedürfnisse im Hinblick auf die Radiostation und Sendezeit einbringen. Um auch die strategischen Prioritäten von Frauen einbeziehen zu können, nutzte das Projekt zudem die Beratung mit lokalen Gleichstellungsorganisationen. In einem Workshop zur Programmgestaltung arbeiteten die Teilnehmenden aus verschiedenen Interessensgruppen einen Ablaufplan für die Radioserie heraus, der die speziellen landwirtschaftlichen Bedarfe und Herausforderungen von Kleinbäuerinnen thematisierte. Und auch in der Programmproduktion und -durchführung wurden verschiedene Gender-Strategien verfolgt. So stellte das Projekt Parität in den Radiostationen sicher und sorgte durch die Ausstrahlung von Interviews mit Frauen dafür, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern repräsentativ vertreten sind. Diese Aktivitäten wurden schließlich mit Maßnahmen kombiniert, die den Zugang zum Radio und zur mobilen Beteiligung für Kleinbäuerinnen erleichterten. So wurden beispielsweise 40 Gruppen von Hörerinnen und Hörern organisiert und die frauendominierten Gruppen mit Radiogeräten ausgestattet.

Das Projekt erzielte beträchtliche Erfolge: Bei einer Erhebung in den Projektgemeinden gaben mehr als 80 Prozent der Befragten an, das



Mehr als

80 Prozent

der Befragten gaben an,
das Radioprogramm gehört zu haben.

Radioprogramm gehört zu haben. Die Mehrheit sagte aus, dass das Programm den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern eine Stimme gab und das vermittelte Wissen im Alltag angewandt werden konnte. Das Gesamtpublikum wird auf über 250.000 Hörerinnen und Hörern geschätzt. In einem Folgeprojekt sollen weitere Wertschöpfungsketten hinzugenommen werden und der Ansatz ausgeweitet werden.

Ziel 4:

Umfassende Sexualerziehung in Curricula verankern, inkl. wertschätzender Informationen über unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten

Ein Mitmachparcours zur sexuellen Aufklärung an sambischen Schulen

Bislang wurde das Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in Sambia stark tabuisiert und stigmatisiert. Ein innovativer Ansatz des Multisektoralen HIV-Programms trägt nun dazu bei, das Thema im Land dialogfähiger zu machen. In über 100 Schulen wurde dafür der sogenannte Mitmachparcours eingeführt („Join in Circuit“). Der Mitmachparcours ist ein interaktives Instrument zur Kommunikation über Verhaltensänderungen, das **Diskussionen und persönliche Reflektionen zu HIV/AIDS und sexueller und reproduktiver Gesundheit anregen soll**. In Kombination mit dem Mitmachparcours führt das Projekt weitere Gesundheitsdienste an den Schulen ein. An vielen Schulen werden zum Beispiel Beratungen zu HIV/AIDS und zu der Durchführung von HIV-Tests angeboten. An den teilnehmenden Schulen erhöhte sich bereits nach kurzer Zeit die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die einen HIV-Test in Anspruch nahmen. Weitere Studien des Projekts zeigen, dass Mädchen, die am Parcours teilgenommen haben, auch Angebote zur Familienplanung stärker wahrnehmen. Langfristig werden durch den Parcours Einstellungs- und Verhaltensänderungen in der gesamten sambischen Gesellschaft angeregt. Besonders Frauen profitieren von dieser Enttabuisierung. Eine bessere Aufklärung und Prävention tragen letztlich dazu bei, dass ihre Vulnerabilität sinkt. Inzwischen wird der Mitmachparcours von der deutschen EZ in über 18 verschiedenen Ländern eingesetzt. Der Ansatz

hat sich als eine besonders gut übertragbare Intervention im Bereich der Sexualerziehung erwiesen.

Ziel 5:

Bildung und Beschäftigung von Frauen und Mädchen in der digitalen Welt fördern

Digitale Kompetenzen von Mädchen und Frauen weltweit stärken

Weltweit sind mehr als 250 Millionen weniger Frauen als Männer online. Die digitale Geschlechterkluft bedeutet, dass Frauen weniger Zugang zu Information und Bildung online haben. Die digitale Kluft ist dabei nicht nur eine Frage des Zugangs zu Infrastruktur und Technologie, sondern auch eine Frage der digitalen Kompetenzen. Der Erwerb digitaler Kompetenzen ist für Frauen aufgrund vielfältiger sozialer und kultureller Faktoren häufig eingeschränkt.

Die Initiative #eSkills4Girls wurde 2017 im Rahmen der deutschen G20 Präsidentschaft ins Leben gerufen und ruft dazu auf, **die digitale Geschlechterkluft zu schließen**. Hierzu fördert die Initiative weltweit die digitalen Kompetenzen von Mädchen und Frauen und stärkt ihre Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven. In Ruanda beispielsweise wird mit der Programmierakademie WeCode jungen Frauen eine Zukunftsaussicht im IT-Sektor als Softwareentwicklerin oder Softwaretesterin geboten. WeCode ist die erste Programmierschule und IT-Agentur für Frauen in Ostafrika. Der sechsmonatige Lehrplan umfasst praktische Projekte, Praktika, aber auch die Vermittlung von Soft Skills. Bisher haben 162 Frauen die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Des

Weiteren wurden in Kooperation mit dem deutschen Softwareunternehmen SAP jährlich rund 20 Organisationen gefördert, die während der *Africa Code Week* Programmiertrainings für Mädchen und Frauen anbieten. Im Jahr 2019 nahmen etwa 6000 Frauen an den Workshops in 12 afrikanischen Ländern teil und erwarben erste Programmierkenntnisse. Zusammen mit der NRO *World Pulse* förderte die Initiative die Ausbildung von 115 Frauen und Mädchen als digitale Botschafterinnen mit Trainings in digitalen Kompetenzen. Durch die von den digitalen Botschafterinnen angebotenen 205 Präsenztrainings konnten 12.000 Menschen in ihren Gemeinden erreicht werden. Darüber hinaus ist die #eSkills4Girls-Initiative in der Multi-Akteurspartnerschaft EQUALS engagiert, die sich für die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter im digitalen Zeitalter einsetzt.

Die #eSkills4Girls-Initiative leistete einen bedeutungsvollen Beitrag zur Stärkung der digitalen Kompetenzen von Mädchen und Frauen weltweit. Durch Maßnahmen wie die Programmierakademie WeCode, die zahlreichen Programmiertrainings während der *Africa Code Week*, die Ausbildung von Mädchen zu digitalen Botschafterinnen und das Engagement in EQUALS trägt die #eSkills4Girls-Initiative zur Stärkung von Frauen und mehr Gleichberechtigung in der digitalen Welt bei. Sie verbessert die Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven von Frauen und Mädchen und stärkt ihre soziale, politische sowie ökonomische Partizipation.

SCHWERPUNKT 6

Erwerbsarbeit und wirtschaftliches Empowerment

5 GESCHLECHTER-
GLEICHHEIT



8 MENSCHENWÜRDIGE
ARBEIT UND WIRT-
SCHAFTSWACHSTUM



Obwohl Frauen fast die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, liegt die Erwerbsquote von Frauen deutlich unter der von Männern. Nicht einmal die Hälfte aller Frauen über 15 Jahren geht einer bezahlten Arbeit nach (48 Prozent).¹⁸ Eine gleichgestellte Beschäftigungsquote von Frauen und Männern könnte in vielen Ländern zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts führen und somit einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum leisten. Die internationale Gemeinschaft hat sich deshalb in der Agenda 2030 das explizite Ziel gesetzt, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen (SDG 8.5) und die Arbeitsrechte insbesondere von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern zu schützen (SDG 8.8).

¹⁸ World Bank (2021): **Labour force participation rate, female (modeled ILO estimate)**.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Wirtschafts- und Erwerbsleben durch Politikdialog zu stärken, im Einklang mit ILO-Kernarbeitsnormen.**
- **Soziale Sicherung und Rechte von Arbeitnehmerinnen unter Berücksichtigung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu fördern.**
- **Darauf hinzuwirken, dass Unternehmen die Women's Empowerment Principles in ihre Unternehmensstrategie integrieren.**
- **In globalen Lieferketten geschlechtergerechte sowie sozial und ökologisch nachhaltige Ausgestaltung zu fördern.**
- **Den Zugang zu und die Kontrolle von Frauen über wirtschaftliche Ressourcen sowie Finanzdienstleistungen nachweisbar zu verbessern.**

Im globalen Durchschnitt haben Frauen etwa 15 Prozent weniger Einkommen als Männer. Gründe hierfür sind unter anderem, dass Frauen seltener in Führungspositionen arbeiten, durchschnittlich weniger Lohn erhalten (Gender Pay Gap) und seltener Einkommen aus finanziellen Investitionen und Selbständigkeit erzielen. Gleichzeitig arbeiten sie überdurchschnittlich häufig in Teilzeit, im Niedriglohnsektor und in Berufen mit schlechteren Aufstiegsperspektiven.¹⁹

Viele Frauen arbeiten in einer informellen Beschäftigung, wodurch sie nicht vom traditionellen sozialen Sicherungssystem aufgefangen werden und grundlegend benachteiligt sind. Diese strukturelle Benachteiligung von Frauen zeigt sich auch beim Zugang zu Finanzmitteln, denn rund eine Milliarde Frauen haben keinen Zugang zum formellen Finanzmarkt. Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wurde durch die Covid-19 Pandemie weiter verschärft: Eine gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe

wird nach Schätzungen demnach erst in 267 Jahren erreicht.²⁰

Aktivitäten

Die Maßnahmen im Berichtszeitraum zielten auf eine grundlegend verbesserte wirtschaftliche Einbindung von Frauen ab, wie auch die exemplarischen Leuchttürme zeigen. Im Rahmen der Maßnahmen wurde Frauen und Mädchen durch bessere Berufsausbildung, bessere Rahmenbedingungen im Arbeitsumfeld und durch einen verbesserten Zugang zu Finanzmitteln die wirtschaftliche Teilhabe erleichtert.

¹⁹ UNDP (2016): **Human Development Report**. S.58.

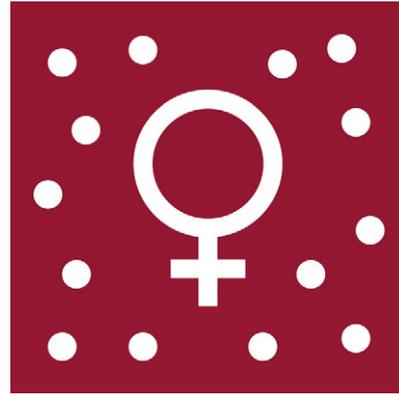
²⁰ World Economic Forum (2021): **Global Gender Gap Report 2021**, S. 5.

Ziel 1:

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Wirtschafts- und Erwerbsleben durch Politikdialog stärken, im Einklang mit ILO-Kernarbeitsnormen

Bekämpfung von Ausbeutung in der indischen Textilindustrie

Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu arbeiten etwa 260.000 Mädchen und junge Frauen im illegalen sogenannten „Sumangali-Schema“ (Sumangali = glückliche Braut) in der Textilindustrie. Dieses System, in das Mädchen aus vorwiegend armen Verhältnissen mittels falscher Versprechungen und Knebelverträgen gelockt werden, ist eine besonders gravierende Form von Kinderarbeit und moderner Sklaverei. Die Mädchen arbeiten mehr als 12 Stunden am Tag in Spinnereien und Fertigungsbetrieben, werden in überfüllten Unterkünften auf Fabrikgeländen festgehalten und sind der Willkür ihrer Arbeitgebenden ausgeliefert. Viele Mädchen lassen sich von der Aussicht, sich eine Mitgift zu erarbeiten, in die Verträge locken. Obwohl die Tradition der Mitgift in Indien verboten ist, wird diese dennoch weiterhin praktiziert. Daher wurde die NRO terre des hommes e.V. dabei unterstützt, ein Projekt zur Abschaffung dieser ausbeuterischen Praxis umzusetzen. Das Projekt bot den betroffenen Mädchen **Zugang zu psychosozialer und medizinischer Behandlung und Betreuung, die Möglichkeit zur Ausbildung und Unterstützung bei der Vertretung von Rechtsansprüchen**. Außerdem wurden Maßnahmen durchgeführt, die das Selbstbewusstsein der Mädchen stärkten und berufsbildende Trainings angeboten, z. B. als Fahrerinnen oder Polizistinnen, wodurch die Teilnehmerinnen auch in traditionell männliche Berufsfelder vordrangen. An zwölf Projektstandorten konnten bisher rund 14.400 Mädchen unterstützt werden (Stand 2017). Parallel zur direkten Unterstützung der Mädchen führte das



Rund

14.400

Mädchen konnten bisher an zwölf Projektstandorten unterstützt werden.

Projekt einen Dialog mit relevanten beteiligten Akteurinnen und Akteuren auf lokaler, bundesstaatlicher und auch internationaler Ebene. Handelsunternehmen, Spinnereibetriebe vor Ort und Vertreterinnen und Vertreter der Bundesstaatsregierung arbeiteten gemeinsam an langfristigen strukturellen Veränderungen und der Abschaffung dieser ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in Form von Gesetzesvorhaben und Rekrutierungsrichtlinien. Zukünftig wird das Vorhaben seine Aktivitäten in den Bereichen Prävention von Anwerbung der Mädchen und Aufklärung in den betroffenen Gemeinden und in lokalen Verwaltungen ausweiten.

Ziel 2:

Soziale Sicherung und Rechte von Arbeitnehmerinnen unter Berücksichtigung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte fördern

Soziale Berufe in Marokko besser gestalten

In Marokko steht die Politik seit Jahren durch die Entwicklungen des „Arabischen Frühlings“ vor vielschichtigen Herausforderungen. Zahlreiche Reformen sind bereits erfolgreich auf den Weg gebracht worden, jedoch besteht in einigen Bereichen wie beispielsweise sozialer Sicherheit weiterhin erhebliches Potenzial zur Verbesserung. Der „Fonds für ordnungs- und strukturpolitische Beratung (SOFII)“ verfolgt unter anderem die Einzelmaßnahme zur Entwicklung neuer Ausbildungsgänge im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen. Die Maßnahme beabsichtigt, neue Ausbildungsgänge im Bereich der Kinderbetreuung, Altenpflege und Pflege von Menschen mit Behinderungen zu entwickeln. **Sie zielt deshalb darauf ab, Berufe, die zum großen Teil von Frauen ausgeübt werden, gesellschaftlich und ökonomisch aufzuwerten, neue Arbeitsplätze im Bereich der Pflegearbeit vor allem für Frauen zu schaffen und besonders Gruppen in vulnerablen Situationen, wie junge Erwachsene ohne Ausbildung, einzubeziehen. Außerdem wird ein Fokus auf die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelegt.**

Die Ziele der Maßnahme wurden überwiegend erreicht und drei von vier geplanten Ausbildungsgängen wurden eingerichtet sowie 30 ausbildende Fachkräfte geschult. Die Ausbildungsgänge wurden auf der Grundlage einer umfassenden Marktanalyse entwickelt, bei der erstmals privatwirtschaftliche Dienstleistende umfangreich in die Analyse einbezogen wurden. Auch das Steuerungsgremium, das für die Durchführung der Maßnahme zuständig ist, wurde auf eine breite Beteiligung von privatwirtschaftlichen Akteuren ausgelegt.

In der personenbezogenen Dienstleistung arbeiten häufig Personen in vulnerablen Situationen (z. B. Witwen und geschiedene Frauen mit Kindern), die bisher nicht Gegenstand der Aufmerksamkeit der Politik und der öffentlichen Behörden waren. Mit den verbesserten Rahmenbedingungen in den personenbezogenen Berufen soll die Entlohnung dieser Erwerbstätigen verbessert und diese sollen vor prekären Arbeitsverhältnissen geschützt werden. Das

Vorhaben setzt somit wichtige Impulse, um Frauen bessere Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Ziel 3:

Darauf hinwirken, dass Unternehmen die Women's Empowerment Principles in ihre Unternehmensstrategie integrieren

Beschäftigung von Frauen durch angewandtes Gender Diversity Management in der MENA-Region fördern

Länder im Nahen Osten und in Nordafrika weisen weltweit die geringste Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben auf – nur etwa ein Fünftel aller Erwerbstätigen sind Frauen. Frauen ohne höhere Schulbildung arbeiten zwar häufiger, aber in der Regel in schlecht bezahlten und sozial unsicheren Positionen. In der Privatwirtschaft werden Frauen trotz passender Qualifikation bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber seltener berücksichtigt. Rollenstereotype und Wertvorstellungen führen zudem zu einer geringen gesellschaftlichen Akzeptanz von Frauenerwerbstätigkeit.

Das Vorhaben „Beschäftigungsförderung von jungen Frauen durch angewandtes Gender Diversity Management in Unternehmen in der MENA-Region“ **fördert daher in den vier Ländern eine Personalpolitik, die die wirtschaftliche Integration und den Verbleib von Frauen im Arbeitsleben verbessert – das sogenannte Gender Diversity Management (GDM).** In konkreten Projekten engagieren sich ausgewählte Unternehmen für ein familienfreundlicheres und sozialverträgliches Arbeitsumfeld für alle Geschlechter. Dazu gehörte,



Insgesamt haben sich bislang die Arbeitsbedingungen von über

12.000

Frauen verbessert.

Transportwege sicherer zu machen, Kinderbetreuungsangebote aufzusetzen und auszuweiten sowie Berufsorientierungen für Schülerinnen und Studentinnen anzubieten. Andere Projekte zielten darauf ab, Frauen in traditionell untypischen Sektoren wie in der Automobil- oder IT-Branche gezielt anzuwerben und einzustellen. Ein großes Automobilunternehmen führte zum Beispiel ein Projekt zur Einstellung von Technikerinnen in der Produktionsabteilung durch. Um die erfolgreiche Integration der Frauen in das Unternehmen zu gewährleisten, bot das Projekt ein Mentoring und monatliche Gespräche mit der Personalabteilung an.

Seit Januar 2015 haben über 100 Unternehmen an GDM-Veranstaltungen teilgenommen, mehr als 40 Unternehmen setzen GDM-Projekte um. 152 Personalexpertinnen und -experten wurden zu Gender Diversity Management fortgebildet. Insgesamt haben sich bislang die Arbeitsbedingungen von fast 35.000 Mitarbeitenden – darunter über 12.000 Frauen – verbessert. Die Verbleibrate für Frauen in Unternehmen ist um mehr als 11 Prozent gestiegen.

Das Projekt konnte einen entscheidenden Beitrag zu besseren Beschäftigungschancen von Frauen in Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien leisten. Neben der größeren Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt konnten sogar positive Veränderungen in der Wahrnehmung von Mitarbeitenden und

Führungskräften im Hinblick auf die Rolle der Frauen in Unternehmen festgestellt werden.

Ziel 4:

In globalen Lieferketten geschlechtergerechte sowie sozial und ökologisch nachhaltige Ausgestaltung fördern

Kleinspargruppen fördern finanzielle Unabhängigkeit in Somalia

Frauen in ländlichen Gebieten Somalias gehen häufig sehr schlecht oder gar nicht bezahlten Arbeiten nach und haben nur begrenzt Zugang zum Haushaltseinkommen. Stärkere finanzielle Unabhängigkeit würde ihre Stellung innerhalb der Familie und Gesellschaft stärken. Oft fehlt ihnen jedoch das nötige Startkapital, um ein eigenständiges Unternehmen zu gründen und wirtschaftlich aktiv zu werden. Das Projekt der NRO CARE zur Stärkung der Resilienz von Menschen, die von chronischer Ernährungsunsicherheit betroffen sind, sowie zur dauerhaften (Wieder-) Eingliederung von Geflüchteten und Rückkehrenden in Somalia **unterstützt deshalb Frauen beim Aufbau von Kleinspargruppen**. Gruppen von Frauen sparen gemeinsam einen festen Betrag und vergeben Kredite innerhalb der Gruppe oder setzen das ersparte Geld gemeinsam ein. **Die Sparbeträge ermöglichen es den Frauen, Unternehmen zu gründen und finanziell unabhängig zu werden.** Um den Erfolg der Unternehmen sicherzustellen, werden die Gruppen vom Projekt auch fachlich weitergebildet. Durch Kurse in Alphabetisierung und Rechnen wird sichergestellt, dass die Frauen ihre Geschäftsvorgänge eigenverantwortlich verwalten können. Weitere Schulungen vermitteln ihnen unternehmerische und handwerkliche Kompetenzen. Die verschiedenen

Trainingsangebote befähigen die Frauen, ihre Unternehmen erfolgreich zu führen.

Im Dorf Adhi-Caddeeye unterstützte das Projekt zum Beispiel eine Frauengruppe bei der Eröffnung einer Metzgerei. Das Projekt stellte ihnen Startkapital für die Ausrüstung des Geschäfts zur Verfügung. Neben dem Verkauf von frischem Fleisch gründete die Gruppe ein Unternehmen, in dem Fleisch getrocknet wird, bevor es in kleinen Stücken gebraten und verkauft wird. In Zukunft plant die Gruppe, ihr Geschäft durch einen zusätzlichen Standort noch zu vergrößern. Insgesamt hat das Projekt durch das nötige Startkapital, kombiniert mit spezifischem Training, die Frauen dazu befähigt, finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen.

bei der Gründung und dem Wachstum ihres Unternehmens zu unterstützen. Durch die Initiative sollen **sowohl finanzielle Barrieren wie fehlende Sicherheiten und Kreditwürdigkeit als auch andere Hürden wie diskriminierende Gesetze überwunden werden.**

Die Women Entrepreneurs Finance Initiative ist der erste multilaterale Fonds weltweit, der speziell auf die Förderung von Unternehmerinnen in Entwicklungsländern ausgerichtet ist. Die We-Fi wird als *Financial Intermediary Fund* bei der Weltbank geführt und arbeitet mit Regierungen sowie Akteurinnen und Akteuren aus der Privatwirtschaft zusammen. Zielgruppe der Maßnahmen sind kleine und mittlere Unternehmen, die von Frauen geführt werden oder in deren Besitz liegen. Insgesamt zielt die We-Fi auf die Mobilisierung von ca. 3 Milliarden US-Dollar an privaten und öffentlichen Mitteln ab. Die bislang zugewiesene Gesamtsumme beläuft sich auf 300 Millionen US-Dollar für Programme in über 50 Ländern. Mit mehr als der Hälfte der Mittel (63 Prozent) werden Frauen in Ländern mit niedrigem Einkommen unterstützt sowie Unternehmerinnen, die in fragilen und konfliktbetroffenen Situationen tätig sind. Die Women Entrepreneurs Finance Initiative schließt dadurch eine wichtige Bedarfslücke für Unternehmerinnen, indem sie ihren Zugang zu Finanzierung verbessert, Kapazitäten aufbaut, Rahmenbedingungen verbessert, Netzwerke erweitert und Mentoring anbietet.

Ziel 5:

Den Zugang zu und die Kontrolle von Frauen über wirtschaftliche Ressourcen sowie Finanzdienstleistungen nachweisbar verbessern

Unternehmerinnen weltweit durch die Women Entrepreneurs Finance Initiative stärken

In Entwicklungsländern weltweit sind Frauen in ihrem wirtschaftlichen Unternehmertum mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Nur 30 Prozent der formellen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) auf der ganzen Welt sind im Besitz von Frauen oder werden von ihnen geführt. Der Mangel an Netzwerken, Wissen und Verbindungen zu hochwertigen Märkten sowie weitreichende strukturelle Hindernisse schränken weibliches Unternehmertum ein. Die „Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi)“ beabsichtigt, Frauen

SCHWERPUNKT 7

Gesundheit, inklusive sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



5 GESCHLECHTER-GLEICHHEIT



Die Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) ist ein Menschenrecht. SRGR umfasst alle Bereiche der Sexualität und Fortpflanzung und beinhaltet unter anderem den Zugang zu Information und Beratung, die Sexualaufklärung, die selbstbestimmte Familienplanung, Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten und die umfassende und qualitative medizinische Versorgung bei Schwangerschaft und Geburt. Dabei ist der Schutz der Rechte nicht nur für Frauen und Mädchen von zentraler Bedeutung, sondern für die nachhaltige Entwicklung ganzer Gesellschaften. Wenn die sexuellen und reproduktiven Rechte und Gesundheit von Frauen gewährleistet sind, sie selbstbestimmter handeln und ihr Leben planen können, wirkt sich dies positiv auf die gesamte Gesellschaft aus.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu schützen und zu fördern.**
- **Gesundheitssysteme gendersensibel auszugestalten.**
- **Das Recht auf Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, Informationen und Aufklärung zu erschwinglichen, annehmbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen für Frauen jeden Alters zu stärken.**
- **Maßnahmen zur Prävention und zum Umgang mit den Folgen von weiblicher Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation, FGM*) und anderen schädlichen Praktiken zu unterstützen.**
- **Soziale Sicherungssysteme auszubauen, um die soziale Absicherung von Frauen und den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, besonders im Falle von Krankheit, Schwangerschaft und Geburt zu gewährleisten.**

Der inklusive Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten für alle Geschlechter (SDG 3 und SDG 5) wurde daher als explizites Ziel der internationalen Gemeinschaft in der Agenda 2030 mit aufgenommen. Dies umfasst den verbesserten Zugang zu entsprechenden Gesundheitsdiensten, die Aufklärung und Familienplanung sowie die Reduzierung der Müttersterblichkeit.

Obwohl in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte in der Realisierung von SRGR gemacht wurden, haben aktuell immer noch **214 Millionen Frauen in Entwicklungsländern einen ungedeckten Bedarf an modernen Methoden der Familienplanung**.²¹ Schwangerschafts- und Geburtskomplikationen sind die häufigste Todesursache von Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren. Dabei könnte beispielsweise die Müttersterblichkeit auf ein Drittel der aktuellen Zahl reduziert werden, wenn alle Frauen Zugang zu der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Versorgung erhalten. Die Covid-19 Pandemie mit den einhergehenden Überlastungen von Gesundheitssystemen und

eingeschränkten Präventionsprogrammen wirkt sich erschwerend auf die Realisierung von SRGR aus. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFP) schätzt, dass mehr als 47 Millionen Frauen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Folge der eingeschränkten Gesundheitsdienstleistungen und Produkten Zugang zu Kontrazeptiva verlieren. In Folge dessen könnte es in diesen Ländern zu **sieben Millionen ungeplanten Schwangerschaften** kommen.²² Deshalb wird sich das BMZ weiterhin für die Stärkung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der entsprechenden Rechte einsetzen.

Aktivitäten

Die folgenden Leuchttürme illustrieren die Vielfältigkeit der Maßnahmen des BMZ zur Erreichung von SRGR im Berichtszeitraum: Diese reichen von einer umfassenden Sexualaufklärung durch die Ausbildung von Jugendliche als *Peer Educators* über den verbesserten Zugang zu

²¹ UNFPA (2018): [About us](#).

²² UNFPA (2020): [New UNFPA projections predict calamitous impact on women's health as COVID-19 pandemic continues](#).

modern Verhütungsmitteln bis hin zur Stärkung der Gesundheitssysteme und Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM).

Ziel 1:

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte schützen und fördern

Sexuelle und reproduktive Rechte von Jugendlichen in Ruanda stärken

In Ruanda gibt es jährlich eine hohe Anzahl von Teenagerschwangerschaften, die auf die eingeschränkte Aufklärung von Jugendlichen über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) zurückzuführen ist. Armut und mangelnde Aufklärung durch die Eltern tragen dazu bei, dass Jugendliche nur begrenzt Zugang zu und ein Bewusstsein über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte wie Verhütungsmittel und Familienplanung haben. Ein weiteres Problem ist sexualisierte Gewalt, die häufig von Erwachsenen gegen Kinder verübt wird und zu weiteren Fällen von Teenagerschwangerschaften führt. Frühe oder vermehrte Schwangerschaften bedeuten für Mädchen und junge Frauen, dass diese nicht mehr zu Schule gehen und keiner Arbeit mehr nachgehen können.

Das Projekt „Förderung der Jugend zur Einforderung ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR)“ zielt darauf ab, in Ruanda zur **Verhütung von Schwangerschaften unter Teenagern und zur Wahrnehmung der Grundrechte von minderjährigen Müttern und ihren Kindern beizutragen**. Um diese Ziele zu erreichen, arbeitete eine Koalition aus fünf Partnerorganisationen in einem Multi-Akteurs-Ansatz mit ihren bestehenden

Partnern, darunter Regierungsinstitutionen und lokale Behörden, zusammen. Unter anderem wurden 148 *Peer Educators* zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten geschult. Über 50 Lehrkräfte wurden zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten mit dem Ziel trainiert, dass sie unter anderem Schulclubs zu SRGR anleiten können. Des Weiteren wurden etwa 3300 Jugendliche und junge Menschen in der Schule und über die *Peer Educators* sensibilisiert. Die Sensibilisierungen sollen dazu führen, dass junge Mütter stärker unterstützt werden und ihnen die Wiederaufnahme der Schulbildung nach der Geburt ermöglicht wird. Des Weiteren richteten sich Maßnahmen an politische Entscheidungstragende im Gesundheitsbereich, um rechtliche Hindernisse für Jugendliche unter 18 Jahren beim Zugang zu Verhütungsmitteln und freiwilligen HIV-Tests ohne elterliche Zustimmung zu benennen und abzuschaffen.

Über 50 Lehrkräfte wurden zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten mit dem Ziel trainiert, dass sie unter anderem Schulclubs zu SRGR anleiten können.

Aufgrund des Multi-Akteurs-Ansatzes und der gemeinsamen Durchführung hatte das Projekt einen großen Erfolg und konnte nachhaltig Verbesserungen bewirken und die Projektziele erreichen. Mithilfe der Erfahrungen und Informationen, die während des Projekts gesammelt wurden, engagieren sich einige der Partnerorganisationen nach dem Projektende weiterhin in der rechtlichen Unterstützung von minderjährigen Müttern in Ruanda. Auch die *Peer Educators* arbeiten weiterhin in ihren jeweiligen Schulen und Dörfern, um anderen Jugendlichen zu helfen und über SRGR aufzuklären.

Ziel 2:

Gesundheitssysteme gendersensibel ausgestalten

Reproduktive Gesundheit und Familienplanung und HIV/AIDS-Prävention in der ECOWAS-Region

Das hohe Bevölkerungswachstum und hohe HIV/AIDS-Prävalenzraten stellen die Mitgliedsstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) vor große Herausforderungen. Insbesondere Frauen sind von diesen Herausforderungen betroffen.



Über

16 Millionen

Frauen in Westafrika wurden bereits seit dem Beginn des Vorhabens in 2010 über Sensibilisierungsmaßnahmen erreicht.

Die Geburten- und Sterblichkeitsraten von Müttern und Säuglingen sind besonders hoch und es besteht ein hoher ungedeckter Bedarf an Methoden der modernen Familienplanung. Zudem ist die fortschreitende Feminisierung von HIV/AIDS und die überproportionale Belastung von Frauen sowohl durch eigene Erkrankung als auch die Versorgung erkrankter Familienmitglieder alarmierend. Mit internationalen Kooperationspartnern wie der

französischen Entwicklungsagentur AFD, den Niederlanden, USAID, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), der Weltbank und der *Canadian International Development Agency* (CIDA) entwickelte das Vorhaben einen regionalen Finanzierungsmechanismus mit einem **Fonds zur Beschaffung von Verbrauchsgütern/ Kontrazeptiva und einem Fonds zur Kapazitätenstärkung und Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen und Trainings**. So werden z.B. regionale und grenzüberschreitende Aufklärungskampagnen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten (SRGR), Fortbildungen von Gesundheitspersonal und die Vernetzung von Social-Marketing-Organisationen (SMO) gefördert, wodurch der Zugang zu SRG-Produkten auf nationaler Ebene verbessert werden konnte. Darüber hinaus konnte sowohl die regionale, politische und programmatische Kooperation im Bereich SRG als auch die Wirksamkeit von SRG-Politiken gestärkt werden. So konnten zum Beispiel die Umsetzung von nationalen Politiken zur Bekämpfung von HIV/AIDS und weitere jeweils relevante Ansätze im Bereich SRGR gestärkt werden. Langfristig trägt das Vorhaben so zu abnehmenden Geburtenraten und einer sinkenden Müttersterblichkeit bei. Seit dem Beginn des Vorhabens in 2010 wurden bereits über 16 Millionen Frauen in Westafrika über Sensibilisierungsmaßnahmen erreicht. Um die Nachhaltigkeit des Vorhabens zu sichern, erarbeitet die westafrikanische Gesundheitsorganisation WAHO derzeit ein Konzept zur langfristigen Verankerung des regionalen Fonds. Zudem wird in der weiteren Fortführung der Fokus verstärkt auf Jugendliche gelegt.

Ziel 3:

Das Recht auf Zugang zu Gesundheitsförderungen, Informationen und Aufklärung zu erschwinglichen, annehmbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen für Frauen jeden Alters stärken

Das Gesundheitssystem in Togo durch Aufklärung stärken

Das Gesundheitssystem in Togo ist stark unterfinanziert. Oft fehlt es an Infrastruktur und an geeignetem Personal. Dies führt zu einer geringen Qualität der Behandlungen, wodurch wiederum die Nachfrage nach gesundheitlichen Dienstleistungen sinkt. Etwa ein Drittel der erkrankten Menschen sucht medizinische Dienste in Gesundheitszentren gar nicht erst auf. Im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) setzt sich dieser Trend fort: Nur circa jede sechste verheiratete Frau nutzt Methoden der modernen Familienplanung und nur 57 Prozent der Schwangeren nehmen vier Termine zur Geburtsvorsorge wahr. Das Vorhaben „Gesundheitssystemstärkung – Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (ProSanté)“ strebt in diesem Sinne die **Verbesserung der Qualität der Gesundheitsdienste, eine Erhöhung der Nachfrage der Gesundheitsdienste und die Stärkung des Gesundheitssystems an.**

Insgesamt wurden 102 (73 Prozent Frauen) Gesundheitsmitarbeitende zur Beratung von Familienplanung und 74 (93 Prozent Frauen) zum Einsatz von Verhütungsmittelmethode geschult. Im Zeitraum März 2020 bis März 2021 konnten wiederum insgesamt 192 Mitarbeitende des Gesundheitswesens (davon 80 Prozent Frauen) zur Beratung von Familienplanung geschult werden. Ein erfolgsversprechender Ansatz ist hierbei die



192

Mitarbeitende des Gesundheitswesens (davon 80 Prozent Frauen) konnten im Zeitraum März 2020 bis März 2021 zur Beratung von Familienplanung geschult werden.

Verankerung von Gender als Querschnittsthema in den Fortbildungen. Insbesondere die Fortbildungen zur Familienplanung zielen auf selbstbestimmte Familienplanung, freie Wahl der Verhütungsmittelmethode und gendersensible Beratung ab. Geschlechtsbasierte Gewalt innerhalb der Familie wird wiederum bei den Aktivitäten mit der Zivilgesellschaft adressiert. Des Weiteren unterstützte das Projekt den togoischen Partner bei der Erstellung nationaler Trainingshandbücher zur Familienplanung, die die geschlechtsspezifischen Aspekte berücksichtigen und die Fortbildungsstrategie und -standards für alle Regionen des Landes normen. Im Projekt wurde eng mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet, um über die Rechtsgrundlagen im Rahmen der SRGR aufzuklären. Außerdem unterstützte das Projekt die Gründung von Vereinen junger Mütter (*Tantines*), in denen diese sich zusammenfinden, um über SRGR aufzuklären.

Durch das Projekt wurden wesentliche Fortschritte im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte in Togo erreicht, unter anderem durch die zentrale Verankerung von Gender als Querschnittsthema. Längerfristige Wirkungen werden vor allem in den Vereinen der *Tantines* gesehen. Als positiver

nichtintendierter Effekt zeigt sich, dass Mitglieder der Vereine vermehrt zur Schule zurückkehren, die sie aufgrund ihrer frühen Schwangerschaften verlassen mussten. Das Vorhaben erhofft sich, auch ein gendersensibles Umdenken des Gesundheitspersonals zur reproduktiven Gesundheit anzustoßen.

Ziel 4:

Maßnahmen zur Prävention und zum Umgang mit den Folgen von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) und anderen schädlichen Praktiken unterstützen

Rahmenbedingungen für die Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung in Äthiopien, Somalia und Sudan verbessern

Trotz langsamer Fortschritte in der Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation*, FGM) sind etwa 200 Millionen Mädchen und Frauen weltweit von FGM betroffen. In den Ländern Äthiopien, Somalia und Sudan ist der Anteil der von FGM betroffenen Frauen und Mädchen mit knapp 90 Prozent besonders hoch.

In allen drei Ländern gibt es zwar politische Bestrebungen und Gesetze zur Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung. Es fehlen aber geeignete Rahmenbedingungen für die gemeinsame Umsetzung von Präventionsmaßnahmen. Das Vorhaben „Weibliche Genitalverstümmelung in Ostafrika überwinden“ zielt daher darauf ab, durch grenzüberschreitenden Austausch und Lernen die **Handlungsfähigkeiten von relevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu**

stärken, damit diese aktiv und nachhaltig zur Prävention von FGM beitragen können.

Nachdem die Bedarfe der Akteure auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene analysiert wurden, entwickelte das Vorhaben Trainings und Fortbildungen zu den Sensibilisierungs- und Präventionsmöglichkeiten von FGM. Diese Trainings richten sich dabei unter anderem an Mitarbeitende staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, die Gender-Ansprechpartnerinnen und -Ansprechpartner in den zuständigen Ministerien und an Medienakteure.

Daneben zielt das Vorhaben darauf ab, bestehende Koordinations- und Kooperationsstrukturen zu stärken. Akteure sollen im gemeinsamen Lernen und der Vernetzung unterstützt werden, damit sie gemeinsame Präventionsaktivitäten durchführen können. Dazu wurde zum Beispiel eine Virtuelle Community zur Prävention von FGM gegründet, bei der sich eine Vielzahl von Akteuren – aus der Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen, dem Gesundheitssektor und aus den Ministerien der Länder – monatlich zu verschiedenen Aspekten von FGM austauschen werden. Im Rahmen der Vernetzung bezieht das Vorhaben gezielt Organisationen und Aktivistinnen und Aktivisten der Diaspora mit ein und unterstützt sie als *change agents* in den Umsetzungsländern. Über einen *Community Initiative Fund* sollen Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen von Frauen- und Jugendgruppen finanziert werden. Dies stärkt lokale Initiativen darin, sich gegen FGM auszusprechen und weitere Maßnahmen gegen FGM und für Frauen- und Mädchenrechte zu entwickeln und durchzuführen. In der Planung ist außerdem eine gezielte Aufklärungskampagne zur Prävention von und dem Umgang mit den Folgen von FGM. Über Soziale Medien, Radio und SMS sollen die Bevölkerungen in den Projektländern zum Thema sensibilisiert werden.

Ziel 5:

Soziale Sicherungssysteme ausbauen, um die soziale Absicherung von Frauen und den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, besonders im Falle von Krankheit, Schwangerschaft und Geburt zu gewährleisten

Geschlechtsspezifische Datensammlung der pakistanischen Krankenversicherung verbessern

In Pakistan wurden bei der Bekämpfung von Armut wesentliche Fortschritte erreicht, jedoch stellen strukturelle Benachteiligungen weiterhin eine bedeutsame Herausforderung dar. Der Großteil der Bevölkerung ist nicht gegen existenzielle Risiken wie Krankheiten geschützt und nur ca. 21 Prozent werden mit der nationalen Krankenversicherung erreicht. Geschlechtsspezifische Benachteiligungen führen dazu, dass weniger Frauen sozial abgesichert sind als Männer. Frauen sind aus dem öffentlichen Leben weitestgehend ausgeschlossen, weswegen ihnen der Zugang zu sozialer Sicherung trotz eines höheren Armutrisikos erschwert wird. Das Vorhaben „Unterstützung bei sozialer Sicherung einschließlich Absicherung im Krankheitsfall in Pakistan“ hat unter anderem zum Ziel, die **Projektpartner hinsichtlich einer geschlechtsspezifisch disaggregierten Datenbank zu beraten und zu sensibilisieren.**

Im Rahmen des Vorhabens wurde das Zentrale Management-Informationssystem (*Central Management and Information System*, CMIS) der nationalen Krankenversicherung Sehat Sahulat Programm (SSP) im Hinblick auf eine gendersensible Programmierung und Datenerfassung kontinuierlich verbessert. Nicht nur Frauen, sondern auch weitere Gruppen in vulnerablen Situationen werden in dem System erfasst, einschließlich Menschen mit Behinderungen und Versicherungsberechtigte, die sich als transgender identifizieren. Eine längerfristige Wirkung wird durch die regelmäßige gendersensible Anpassung des CMIS erreicht. Der angewandte Monitoring-Ansatz und die Konzeption des CMIS ermöglichen es der Krankenversicherung, in Zukunft auch weiterhin das Programmmanagement gendersensibel auszurichten. Des Weiteren wurde eine Kommunikationsstrategie für das Krankenversicherungs-Programm entwickelt. In der Strategie werden die Gleichberechtigung der Geschlechter als Querschnittsthema verankert und Aktivitäten vorgeschlagen, um Bevölkerungsgruppen in vulnerablen Situationen, speziell Frauen, zu erreichen. Die Kommunikationsstrategie wird in den kommenden drei Jahren von der pakistanischen Krankenversicherung mithilfe vom Projekt umgesetzt.

Durch die Verbesserung des Zentralen Management-Informationssystems und der Entwicklung einer Kommunikationsstrategie leistete das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherung in Pakistan. In der Folgephase werden die Management-Informationssysteme für Programme von relevanten Behörden voraussichtlich in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa aufgesetzt. Hierbei sollen spezifische Programme für Frauen, Menschen mit Behinderungen und trans Personen aufgebaut werden.

Wasser- und Sanitärversorgung



Der Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung ist ein Menschenrecht. Trotzdem haben 2 Milliarden Menschen auf der Welt keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 3,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einer sicheren und hygienischen Sanitärversorgung.²³ Der mangelnde Zugang zur Wasser- und Sanitärversorgung geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen und hat nicht nur negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Teilhabe und Bildungschancen von Frauen, sondern kann zudem durch lange Wege zur Trinkwasserversorgung das Risiko für Frauen und Mädchen erhöhen, sexualisierte Gewalt zu erfahren.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen zu sicherer Wasser- und Sanitärversorgung zu fördern.**
- **Maßnahmen zur Verbesserung der Sanitärversorgung in Bildungseinrichtungen zu unterstützen.**
- **Die Partizipation von Frauen im Bereich des Wasserressourcenmanagement sowie in der Wasser- und Sanitärversorgung zu stärken.**

Um diese Problematik zu adressieren, hat sich die internationale Gemeinschaft zum Ziel gesetzt, den Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen für alle zu realisieren (SDG 6) und dabei besonders die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in den Blick zu nehmen (SDG 6.2).

Durch die Covid-19 Pandemie ist die Bedeutung einer stabilen und hygienischen Sanitärversorgung noch einmal verstärkt worden.²⁴ Die Möglichkeit, die Hände zu waschen, ist ein wesentlicher Bestandteil, um zum Beispiel Schulen wieder sicher öffnen zu können und somit Mädchen und Jungen wieder sicheren Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Aktivitäten

Die folgenden Leuchttürme zeugen von dem ganzheitlichen Ansatz, mit dem das BMZ im Umsetzungszeitraum zur Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung für Frauen und Mädchen beigetragen hat. Beispielsweise wurden Bildungsmaßnahmen, sowie die Gründung eines Gendernetzwerkes genutzt, um die Situation von Frauen im Bereich Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) nachhaltig zu verbessern.

Ziel 1:

Gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen zu sicherer Wasser- und Sanitärversorgung fördern

Geschlechtsbasierte Geschlechtsbasierte Gewalt im Südsudan im Bereich Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene reduzieren

Inmitten des anhaltenden Konflikts im Südsudan sind besonders Frauen und Kinder unterschiedlichen Formen von Gewalt ausgesetzt. Frauen und Mädchen erfahren geschlechtsbasierte Gewalt (GBV) besonders dann, wenn sie Einrichtungen für Bildung, Gesundheit sowie für Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) in Anspruch nehmen. Dies ist unter anderem auf eine schlechte Planung der Einrichtungen, mangelnde Einbindung der Nutzenden oder unangemessenes Verhalten der Betreibenden zurückzuführen. Häufige Vorfälle von geschlechtsbasierter Gewalt und fehlende gendersensible Sanitäreinrichtungen schlagen

²⁴ UNSD (2021): **The Sustainable Development Goals Report 2021**, S.38.

sich in schlechten Schulbesuchsraten von Mädchen nieder und erhöhen das Risiko eines Schulabbruchs. Das Vorhaben „Zugang zu sicherer Trinkwasser- und Sanitärversorgung sowie Prävention und Nachsorge von genderbasierter Gewalt“ zielte darauf ab, die **Wasserversorgung an öffentlichen Einrichtungen zu verbessern und sichere und gendersensible WASH-Einrichtungen bereitzustellen**.

27.000 Schulkinder
(15.400 Jungen;
11.600 Mädchen) und
rund 14.000 Patientinnen
und Patienten der
Gesundheitseinrichtungen
profitieren von einem sicheren
Zugang zu gendersensiblen
Latrinen.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) war über den gesamten Projektzeitraum als Kooperationspartner in dem Projekt involviert. Im Rahmen des Projekts wurde 40 Schulen und zwei Gesundheitseinrichtungen in Juba, Torit, Yei und Yambio der Zugang zu gendersensiblen Latrinenblöcken ermöglicht. Als Ergebnis dieser Baumaßnahmen profitieren nun rund 27.000 Schulkinder (15.400 Jungen; 11.600 Mädchen) und rund 14.000 Patientinnen und Patienten der Gesundheitseinrichtungen von einem sicheren Zugang zu gendersensiblen Latrinen. Darüber hinaus erhielten etwa 12.000 Mädchen in schulischen Einrichtungen Zugang zu Menstruationshygieneräumen (*Menstrual Hygiene Management*, MHM), in denen etwa 7.000 Mädchen an Schulungen zu MHM teilgenommen und Menstruationsprodukte erhalten haben. Es wurden drei sichere Rückzugsräume für Frauen und Mädchen (*Women and Girl's Friendly Spaces*, WGFS) eingerichtet, ein bestehendes WGFS renoviert und alle vier WGFS unterstützt. Die Rückzugsräume wurden von fast 9.000 Frauen und Mädchen genutzt. Die Aufklärungskampagnen des Vorhabens über die Minderung von GBV-Risiken

erreichten insgesamt mehr als 54.600 Mädchen, Frauen, Jungen und Männer. Des Weiteren führte UNICEF Trainings für fast 400 Dienstleistende aus dem Bereich der Gesundheit, der Sozialarbeit und der Polizei zum Thema GBV durch.

Der umfassende Ansatz des Vorhabens konnte nicht nur kurzfristige Bedarfe für geschlechtsbasierte Gewalt adressieren, sondern auch nachhaltige Strukturen für die Prävention von GBV durch die Etablierung von sicheren Rückzugsräumen, Aufklärungskampagnen und Schulungen aufbauen. In sogenannten Sicherheits-*Audits* werden mögliche Sicherheitsdefizite identifiziert, um Bedarfe bei der Prävention von GBV umfangreich aufzudecken. Die Ergebnisse der Studien werden vor Ort aufgegriffen und in Aktionspläne umgewandelt, um fortführend geschlechtsbasierte Gewalt abzubauen und Verbesserungen im WASH-Bereich zu erreichen.

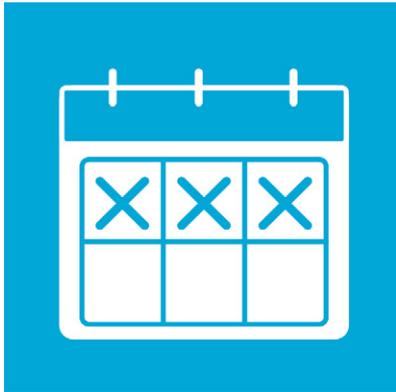
Ziel 2:

Maßnahmen zur Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung in Bildungseinrichtungen unterstützen

Den Zugang zu nachhaltigen Sanitärsystemen und Hygiene weltweit verbessern

Sanitärversorgung ist ein Menschenrecht und in den Nachhaltigkeitszielen (*Sustainable Development Goals*, SDGs) verankert. Weiterhin haben weltweit vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen keinen Zugang zu sicherer Sanitärversorgung. Häufig fehlen finanzielle Mittel und notwendige Kompetenzen für den Bau

und die Instandhaltung von Sanitäreinrichtungen. Das Multi-Geber Programm „Sanitärversorgung für Millionen (*Sanitation for Millions*)“ ermöglicht **sichere und adäquate Sanitärversorgung, mit besonderem Fokus auf Bevölkerungsgruppen in vulnerablen Situationen wie Frauen, Kinder und Menschen mit körperlicher Behinderung.**



50.000

Mädchen wurden durch gezielte Maßnahmen zu Menstruationshygiene durch das Programm unterstützt.

Um einen besseren Zugang zu Sanitäreinrichtungen zu gewährleisten, wurden umfangreiche Maßnahmen in den Projektländern Uganda, Pakistan und Jordanien umgesetzt. Im Rahmen des Programms wurden zahlreiche öffentliche Sanitäreinrichtungen in Moscheen, Schulen und Gesundheitszentren auf gendersensible und barrierefreie Weise gebaut und renoviert. Des Weiteren hat das Programm mehr als 50.000 Mädchen durch gezielte Maßnahmen zu Menstruationshygiene unterstützt. In diesem Zusammenhang wurden Maßnahmen wie der „Toiletten machen Schule“-Wettbewerb und sogenannte *Training of Trainers* zum Thema Menstruationshygiene durchgeführt, um mehr öffentliche Akzeptanz und ein größeres Bewusstsein in der Bevölkerung zu erreichen. Darüber hinaus wurde in Jordanien ein islamisches Hygiene-Handbuch in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für religiöse Angelegenheiten (*Ministry of Awqaf*) mit einem Kapitel zu Menstruationshygiene

veröffentlicht. In ihren Gemeinschaften hoch angesehenen Predigerinnen (*Waithat*) wurden in das Projekt einbezogen, um muslimische Gemeinden für Menstruationshygiene zu sensibilisieren und die Enttabuisierung des Themas voranzubringen.

Mithilfe des Programms konnten wichtige Impulse für eine verbesserte Sanitärversorgung in Uganda, Pakistan und Jordanien gesetzt werden. Bessere Menstruationshygiene hilft, die Gleichberechtigung der Geschlechter voranzutreiben und Mädchen dieselben Bildungschancen wie Jungen zu ermöglichen. Die Enttabuisierung des Themas Menstruation verringert geschlechtsspezifische Diskriminierungen und verbessert das Leben von Mädchen und Frauen. Als nächste Schritte werden unter anderem Maßnahmen für einen nachhaltigeren und effizienteren Umgang mit Hygieneabfällen wie beispielsweise Damenbinden erarbeitet und umgesetzt.

Ziel 3:

Die Partizipation von Frauen im Bereich des Wasserressourcenmanagements sowie in der Wasser- und Sanitärversorgung stärken

Gründung des Netzwerks „African Women Sanitation Professionals Network“

Unzureichende Sanitärversorgung betrifft unverhältnismäßig häufig Frauen. Dies gilt insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, wo teilweise nur mangelhafte Einrichtungen für Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene vorhanden sind. Um eine bessere

Sanitärversorgung zu erreichen und Frauen aktiv als Gestalterinnen einzubinden, wurde 2019 das Netzwerk „*African Women Sanitation Professionals Network*“ gegründet. Das Netzwerk setzt sich dafür ein, weibliche afrikanische Fach- und Führungskräfte im Sanitärsektor stärker in Entscheidungen einzubinden und ihre Potentiale zu stärken. Im Fokus steht dabei die Selbstorganisation der weiblichen Fachkräfte und die Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen auf nationaler und regionaler Ebene.

Das Netzwerk arbeitet eng mit den afrikanischen Regionalorganisationen *African Ministers' Council on Water (AMCOW)* und der *African Water and Sanitation Association (AfWASA)* zusammen, um Strukturen und Richtlinien zur Inklusion von Frauen im Sanitärbereich zu fördern. Seit der Gründung wurden eine Governance-Struktur und ein Finanzierungsplan aufgesetzt, um langfristig und nachhaltig Verbesserungen im Sanitärsektor anstreben zu können. Auf diversen internationalen, nationalen und regionalen Konferenzen wie der Stockholm Weltwasserwoche, der Vorbereitung auf das kommende *World Water Forum* oder das Sambia Wasserforum, konnte das Netzwerk bereits eine hohe Sichtbarkeit erreichen und strategische

Partner gewinnen. Hier wird beabsichtigt, langfristig die aktive Teilnahme von Frauen auf internationalen Konferenzen und Foren zur Sanitärversorgung zu erhöhen. Entsprechende Formate bieten einen geschützten Raum für Frauen, um sich über Erfahrungen, Ideen und Mentoring auszutauschen. Darüber hinaus konzentriert sich das Netzwerk auf nationale Aktivitäten, etwa in Sambia, zum Beispiel durch die gezielte Förderung von Frauen in Abwasserbetrieben und die Verbesserung von Dienstleistungen im Sanitärsektor mit einem geschlechtsspezifischen Fokus.

Das *African Women Sanitation Professionals Network* baut wichtige Strukturen auf, um weibliche afrikanische Fach- und Führungskräfte im Sanitärsektor zu fördern und Hindernisse abzubauen. Durch die Präsenz auf verschiedenen Konferenzen wurde die Bekanntheit gesteigert und strategische Partner wie die Weltbank, AMCOW und AfWASA gewonnen. Zukünftig sollen die nationalen Aktivitäten und die verschiedenen Gruppenformate ausgebaut werden. Über eine Plattform werden die Erfahrungen des Netzwerks aufbereitet und international geteilt, um weitere Akteursgruppen auf die Thematik aufmerksam zu machen.

Energie

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE



Noch immer haben nicht alle Menschen weltweit Zugang zu erschwinglicher, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie. Die globale Energiewende kann eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen, darunter auch mehr Arbeitsplätze, schaffen. Dabei sind die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung von Frauenrechten von zentraler Bedeutung.

Eine geschlechtergerechte Perspektive ist wichtig, um sicherzustellen, dass Frauen und Mädchen ihre Fähigkeiten und ihr Wissen einbringen können und trägt dabei maßgeblich zur Armutsreduzierung und einer gesellschaftlich, wirtschaftlich sowie ökologisch nachhaltigen Entwicklung bei. Der gleichberechtigte Zugang von Frauen und Mädchen zu moderner und nachhaltiger Energieversorgung hat positive Auswirkungen auf ihre Gesundheit, Sicherheit und körperliche Unversehrtheit. Mögliche Zeitersparnisse können von Frauen für die Aus- und Fortbildung, politische Teilhabe und einkommengenerierende Maßnahmen genutzt werden. Somit ist der gleichberechtigte Zugang zu Energie eine grundlegende Voraussetzung

für eine gleichberechtigte wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe.

Drei Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberen Kochbrennstoffen und -technologien.²⁵ Frauen und Kinder sind davon am stärksten betroffen, da sie in der Regel die Hauptverantwortlichen für die Beschaffung und Nutzung von Haushaltsenergie sind. Der Mangel an sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen führte im Jahr 2016 zu fast zwei Millionen vorzeitigen Todesfällen bei

25 UN Women (2019): [Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2019](#), S.13.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen zu nachhaltiger Energieversorgung zu fördern.**
- **Ausbildung und Interessensstärkung von Mädchen für technische Berufe, insbesondere im Bereich nachhaltige Energie zu fördern.**
- **Gendersensibles Wirkungsmonitoring für Energiepartnerschaften zu implementieren.**
- **Netzwerke für Frauen in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz auf- und auszubauen.**

Frauen und Mädchen.²⁶ Derzeit liegt der Anteil der Frauen an den Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien im Durchschnitt bei nur 32 Prozent.²⁷ Die Überwindung dieser Kluft ist entscheidend, da Frauen und Mädchen die treibende Kraft für innovative Lösungen sein können.

Aktivitäten

Die ausgewählten Leuchttürme reichen von der Einbeziehung von Frauen in Entscheidungsprozesse zur Förderung ihres Zugangs zu nachhaltiger Energie im ländlichen Raum über Matchmaking-Formate zwischen Ingenieursanwärterinnen und -anwärtern und möglichen Arbeitgebenden bis hin zur Gleichstellung der Geschlechter im Energiesektor und Frauen als Botschafterinnen und damit Akteurinnen eines Wandels zu nachhaltigem Energiemanagement.

26 UN Women (2020): **Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2020**, S. 13.

27 IRENA (2019): **Renewable energy: A gender perspective.**, S.3.

Ziel 1:

Gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen zu nachhaltiger Energieversorgung fördern

Netzwerke von Botschafterinnen für Energiemanagement in Tunesien fördern

Die Länder im Nahen Osten und in Nordafrika haben eine der geringsten wirtschaftlichen Beteiligungen von Frauen weltweit, nur rund ein Fünftel aller Erwerbstätigen sind Frauen. Im stetig wachsenden Energiesektor Tunesiens sind Frauen nur zu 20 Prozent beteiligt. Um sie in diesem Sektor zu fördern, wurden drei Netzwerke von Botschafterinnen für Energiemanagement in den Regionen Sfax, Sousse und Bizerte gegründet. Die Ziele der Netzwerke sind vielfältig. Einerseits sollen Bürgerinnen und Bürger für Energieeinsparungen und -effizienz sowie für die Entwicklung erneuerbarer Energien gewonnen werden. Andererseits tragen die Netzwerke zur Stärkung von Frauen im Energiesektor bei, indem



20

Sensibilisierungsmaßnahmen wurden durchgeführt, die mehr als 2500 Bürgerinnen und Bürger in den tunesischen Regionen umfassten.

der Zugang dazu verbessert wird und die Kompetenzen in diesem Bereich gestärkt werden. Außerdem fördern die Netzwerke regionale Initiativen, um Entscheidungstragende in Gemeinden zu erreichen und auf das Anliegen der Energie-Botschafterinnen aufmerksam zu machen.

Im Rahmen der Netzwerke wurden von Ende 2018 bis Ende 2019 über 100 Frauen unterstützt, die im Gemeinschaftsleben aktiv sind. Die Frauen wurden dabei gefördert, Maßnahmen zur Sensibilisierung im Energiemanagement auf lokaler Ebene zu planen und durchzuführen. Hierbei wurden die Netzwerke technisch bei der Umsetzung ihrer Aktionspläne und finanziell bei der Durchführung der Aktivitäten unterstützt. Konkret wurden 20 Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, die mehr als 2500 Bürgerinnen und Bürger in den tunesischen Regionen umfassten. Außerdem wurden 15 Workshops zum Energiemanagement und Erneuerbaren Energien durchgeführt.

Die Netzwerke stellen **effektive Möglichkeiten für Frauen in Tunesien dar, sich als Botschafterinnen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz einzusetzen, Barrieren in dem Sektor abzubauen und weitere Menschen für das Energiemanagement zu**

sensibilisieren. Als nächste Schritte soll unter anderem die Zusammenarbeit mit Grundschulen, Jugendzentren und Universitäten ausgeweitet werden, um mehr junge Frauen zu ermutigen, sich in dem Energie-Bereich zu engagieren.

Ziel 2:

Ausbildung und Interessensstärkung von Mädchen für technische Berufe, insbesondere im Bereich nachhaltige Energie

Frauen in die ländliche Elektrifizierung Madagaskars einbinden

Frauen in Madagaskar sind bei der Teilhabe an Konsultations- und Planungsprozessen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und des schlechteren Bildungs- und Informationszugangs benachteiligt. Immer noch verrichten vor allem Frauen die Arbeit im Haushalt, weshalb davon auszugehen ist, dass Frauen und Kinder in besonderem Maße unter mangelndem Zugang zu Strom leiden. Eine besondere Gefahr geht von der Benutzung von brandgefährlichen und gesundheitsschädlichen Substituten für elektrische Beleuchtung sowie zum Kochen und Heizen aus. Mit dem Vorhaben „Förderung der ländlichen Elektrifizierung durch erneuerbare Energien“ werden in Madagaskar private und öffentliche Akteure des Energiesektors dabei unterstützt, die verbesserten regulatorischen Rahmenbedingungen für vermehrte Investitionen in erneuerbare Energien anzuwenden.

Durch das Vorhaben sollen Frauen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. **Mädchen sollen an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in technischen**

Berufen des Energiesektors, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Energie, teilnehmen,

um ihr Interesse an technischen Berufen zu fördern. Mit der Universität Antananarivo wurden dazu die Ausbildungsmodulare für Energieingenieurinnen und -ingenieure an die Bedarfe des Privatsektors angepasst. Darüber hinaus wurden Matchmaking-Formate zwischen Ingenieurinnen und -anwärterinnen und -anwärttern und möglichen Arbeitgebern sowie neue Bildungsformate organisiert. In beiden Feldern wird eine Parität bei den Teilnehmenden angestrebt und auf die besondere Beteiligung von Frauen an den Unterstützungsangeboten und Bildungsformaten geachtet. In Ausschreibungskriterien für neue Projekte der ländlichen Elektrifizierung wurden unter anderem Qualitätskriterien, die auf die Geschlechtergerechtigkeit abzielen, integriert. Zudem muss bei neuen Projekten der ländlichen Elektrifizierung schon bei der Angebotsabgabe erläutert werden, wie die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Kindern im Projekt berücksichtigt werden.

Durch die Elektrifizierung von Kommunen und Haushalten wird eine langfristige Verbesserung der spezifischen Lebenssituationen von Frauen und Kindern erwartet. Beispielsweise ermöglicht Beleuchtung mehr Zeit zum Lesen und für die Schulaufgaben und elektrifizierten Kommunen eine Verbesserung der Sicherheitslage auf öffentlichen Plätzen. Zudem sollen durch die projektspezifischen Beteiligungsformate, wie zum Beispiel öffentliche-private Dialogformen und Stakeholder-Befragungen, die spezifischen Sichtweisen von Frauen stärker in die Entscheidungsfindungsprozesse des Energiesektors eingebunden werden.

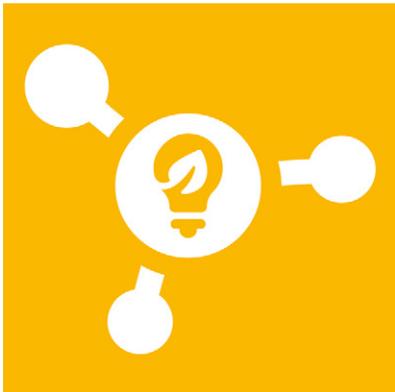
Ziel 3:

Auf- und Ausbau von Netzwerken für Frauen in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz

Mexikanisches Frauennetzwerk für erneuerbare Energien

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Mexiko ist mit 44 Prozent gering (im Vergleich: 78 Prozent der Männer). Insbesondere der Energiesektor wird traditionell von Männern dominiert. Daher wurde 2016 mit Unterstützung des Vorhabens „Nachhaltige Energie“ das Frauennetzwerk Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (REDMERE) gegründet, das inzwischen 800 Mitglieder und mehr als 40 Partnerinstitutionen hat. Das Netzwerk fördert nachhaltige Energie und Entwicklung und **setzt sich dabei für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen im mexikanischen Energiesektor ein.**

Das Netzwerk setzt sich dafür ein, Frauen zu Akteurinnen des Wandels im Energiesektor zu machen. Dazu bietet es u.a. folgende Aktivitäten an: Durch Trainings für Netzwerkmitglieder und das REDMERE-Mentoring-Programm werden Erfahrungsaustausch und Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene vorangetrieben, um die Karriere der Mitglieder zu fördern. Außerdem wird der Nachwuchs durch ein Stipendium gefördert, das Praktika und Forschungsvorhaben im Energiesektor ermöglicht und wertvolle Kontakte mit Frauen aus der Branche herstellt. Ein Trainingsprogramm sensibilisiert bereits im Sektor etablierte Fachkräfte für geschlechtsspezifische Fragen. Gleichzeitig arbeitet REDMERE auch daran, die breite Öffentlichkeit und explizit Männer für geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Branche zu sensibilisieren und die Herausforderungen, vor denen Frauen in der Energiewirtschaft stehen, sichtbar zu machen. Einige Erfolge konnten schon verbucht werden:



Das

Frauennetzwerk

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
(REDMERE) wurde gegründet.

Im Mai 2018 organisierte REDMERE ein Zertifizierungs- und Beschäftigungsfähigkeitsprogramm für Frauen. Dieses Programm förderte durch die Ausbildung von 20 Frauen nach der Norm EC0586 (Installation von Photovoltaikanlagen in Wohnungen, Gewerbe und Industrie) die Gleichstellung im Energiesektor. 18 Frauen schlossen als zertifizierte Installateurinnen ab. Darüber hinaus erstellt REDMERE zusammen mit dem mexikanischen Ministerium für Energie (SENER) eine Gender-Roadmap für die Energiewende, was weltweit eine innovative und wegweisende Initiative ist. Ziel dieser Initiative ist es, die erste nationale Strategie zu schaffen, welche die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen im nachhaltigen Energiesektor erreicht.

SCHWERPUNKT 10

Klimawandel, Katastrophenrisiko- management, nachhaltige Entwicklung, Stadt- und Kommunalentwicklung

13 MASSNAHMEN ZUM
KLIMASCHUTZ



11 NACHHALTIGE STÄDTE
UND GEMEINDEN



Die Klimakrise betrifft uns alle, aber nicht alle im gleichen Maße: Frauen sind aufgrund sozioökonomisch und strukturell bedingter Ungleichheit mit am stärksten von den Folgen des Klimawandels und der Verknappung natürlicher Ressourcen betroffen. Darüber hinaus wird die weltweite Klimabewegung, sowohl gegen die Ursachen als auch gegen die Auswirkungen, auf politischer Ebene überwiegend von männlichen Perspektiven dominiert, was Ungleichheiten verschärft und Frauen davon abhält, ihr Wissen einzubringen. Das Klimaabkommen von Paris (2015) erkennt die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen als grundlegende Prinzipien zur Bewältigung des Klimawandels an und ruft dazu auf, Anpassungs- und *Capacity Building* Maßnahmen geschlechtergerecht zu gestalten. Denn nur wenn das Wissen und Potential von Frauen genutzt wird, besteht die Chance, die Klimakrise zu bewältigen.



Im GAP II hat sich das BMZ zum Ziel gesetzt:

- **Gendersensible Klima-, Umwelt- und nachhaltige Entwicklungspolitik zu unterstützen.**
- **Gendersensible Strategien zur Minderung und zur Anpassung an den Klimawandel in Vorhaben der deutschen EZ zu berücksichtigen und zur Umsetzung zu bringen.**
- **gendersensible Gestaltung, Durchführung, Monitoring und Wirkungserfassung sowie Partizipation von Frauen in Vorhaben zu Klimawandel, Katastrophenmanagement und nachhaltiger Entwicklung sowie der Stadt- und Kommunalentwicklung zu stärken.**

In den letzten Jahren wurde einiges erreicht, dennoch sind Frauen bei den Klimaverhandlungen weiterhin unterrepräsentiert. Während der COP25 in Madrid im Jahr 2019 waren nur 40 Prozent der Delegierten Frauen. Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Während der COP25 wurde der **UNFCCC Gender Action Plan** (UNFCCC GAP) um weitere fünf Jahre bis 2024 verlängert. Zentrale Zielsetzung des UNFCCC GAP ist es, sowohl die Beteiligung von Frauen bei Klimaverhandlungen auf allen Ebenen (national, regional und international) zu stärken als auch eine **gendersensible und geschlechtergerechte Klimapolitik** voranzubringen.²⁸ Ein langsamer Wandel ist sichtbar: Während im Jahr 2015 12 Prozent der Spitzenpositionen in den Umweltministerien mit Frauen besetzt waren, sind es fünf Jahre später 15 Prozent. Es bleibt aber noch viel zu tun.²⁹

Aktivitäten

Im Berichtszeitraum hat das BMZ eine Vielzahl an Maßnahmen gefördert, um die Geschlechtergerechtigkeit in den Bereichen Klima, Umwelt und nachhaltige Entwicklung

²⁸ UNFCCC (2019): **Gender and climate change. Proposal by the President.**

²⁹ IUCN (2021): **New data reveals slow progress in achieving gender equality in environmental decision making.**

voranzubringen. Dazu wurden z. B. Organisationen dabei unterstützt, Schulungen zur geschlechtergerechten Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Des Weiteren wurden die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen im Bereich erneuerbare Energien verbessert und dadurch zum Abbau geschlechtsspezifischer Stereotype beigetragen.

Ziel 1:

Gendersensible Klima-, Umwelt- und nachhaltige Entwicklungspolitik unterstützen

Geschlechtergerechte Umsetzung der Agenda 2030 durch WECF

Die geschlechtergerechte Umsetzung der Agenda 2030 und des Klimaabkommens gelingt nur, wenn sich viele unterschiedliche Akteurinnen und

Akteure mit entsprechender Expertise für das Erreichen der Ziele einsetzen. Daher wurde die Organisation *Women Engage for a Common Future* (WECF) (ehemals: *Women in Europe for a Common Future*) bei der Umsetzung des Projekts „Gendergerechte Klimalösungen – COP23“ zur **Schulung von Frauenorganisationen** unterstützt. Bereits seit 2007 ist WECF bei den Klimaverhandlungen (UNFCCC) aktiv involviert und war 2009 Mit-Gründerin der „*Women and Gender Constituency*“ (WGC), einer der neun großen Interessenvertretungen bei den Klimaverhandlungen, und koordiniert diese mit. 2017 konnte WECF mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 70 Organisationen, sowohl in verschiedenen Partnerländern als auch im Rahmen der COP23, zur geschlechtergerechten Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens schulen. In Trainings, Workshops und Mentorings wurden den Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen die nötigen Kompetenzen vermittelt, um lokale, nationale und regionale Aktionspläne zur nachhaltigen Entwicklung geschlechtergerecht auszurichten. Dabei wurden unterschiedliche praxisnahe Instrumente entwickelt und genutzt. Beispiele dafür sind das „*#Women2030 Training Master Manual*“, ein Leitfaden zur Durchführung von Gendertrainings und Gender Mainstreaming, sowie das Tool „*Gender in Sustainable Development*“, welches eine Übersicht geschlechtergerechter Übungen im Rahmen von Trainings und Workshops zu Nachhaltigkeitsthemen bietet. Das „*Gender Impact Assessment and Monitoring Tool*“ ist darauf ausgerichtet, Partnerorganisationen bei der Erstellung von Gender Assessments zu unterstützen, also der Überprüfung, ob geschlechtsspezifische Dimensionen in Organisationsprozessen mitgedacht werden. Alle Instrumente sind online verfügbar und so auch für andere interessierte Organisationen zugänglich. Im Rahmen der Klimaverhandlungen wurden darüber hinaus bei den „*Gender Just Climate Solutions Awards*“ gute Beispiele für geschlechtergerechte Klimalösungen öffentlichkeitswirksam ausgezeichnet und verbreitet. Diese Ansätze stellen den Nexus von Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit immer wieder in den Vordergrund. Durch die Fülle der Aktivitäten konnten die Kompetenzen



70

Organisationen, sowohl in Partnerländern, als auch im Rahmen der COP23, konnte WECF mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur geschlechtergerechten Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens schulen.

von Frauenorganisationen und Organisationen, die zum Thema Geschlechtergerechtigkeit arbeiten und Netzwerke gebildet haben, erweitert und vertieft werden. Zudem haben lokale zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus Frauenorganisationen die nötigen Kompetenzen erworben, um sich auf nationalen und internationalen Plattformen, zum Beispiel bei den Vereinten Nationen, Gehör zu verschaffen und eine aktive Rolle bei der geschlechtergerechten Umsetzung und dem Monitoring der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens zu übernehmen.

Ziel 2:

Gendersensible Strategien zur Minderung und zur Anpassung an den Klimawandel in Vorhaben der deutschen EZ berücksichtigen und zur Umsetzung bringen

Frauen neue Arbeitsplätze im Energiesektor in Marokko ermöglichen

In Marokko sind Frauen deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Insbesondere im Energiesektor ist es für Frauen schwierig, Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Die Förderung von erneuerbaren Energien und die Verbreitung energieeffizienter Technologien zählen zu den obersten Prioritäten der marokkanischen Politik. Bislang werden Geschäfts- und Beschäftigungspotenziale in diesen Bereichen nicht voll ausgeschöpft. Viele kennen die Vorteile erneuerbarer Energien und die Energiesparpotenziale nicht. Fachkräfte sind zudem vielfach nicht ausreichend qualifiziert. Das Projekt „Beschäftigungsförderung durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Moscheen und Gebäuden“ in Marokko beabsichtigte deswegen, neue Geschäfts- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien aufzubauen.

Bis Ende 2019 wurden im Rahmen des Projekts fast 300 neue Arbeitsplätze geschaffen. In einem Berufsfeld, in dem der Frauenanteil generell sehr gering ist, konnten 52 Arbeitsplätze durch Frauen besetzt werden. **Um marokkanische Frauen im Energiesektor gezielt zu unterstützen, organisiert das Projekt zahlreiche Fortbildungen zur Beschäftigungsförderung.** Außerdem werden Technikerinnen sowie Absolventinnen von ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen bei ersten Aufträgen unterstützend begleitet, damit sie sich erfolgreich selbstständig machen können. Durch die Förderung von Frauen

in einer männerdominierten Branche wird erwartet, dass sich deren Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten verbessern. Ferner leistet das Vorhaben damit einen Beitrag zum Abbau geschlechtsspezifischer Stereotype. Des Weiteren werden bei der Sensibilisierung der Bevölkerung zur Energieeffizienz durch religiöse Amtsträgerinnen und Amtsträger auch gezielt Frauen einbezogen, die beispielsweise im Rahmen von Alphabetisierungskursen weitere Frauen zur Thematik aufklären. Aufgrund der Sensibilisierung von Frauen zur Energieeffizienz investieren diese vermehrt in energieeffiziente Technologien, wodurch sie einen wichtigen Beitrag zur angestrebten Veränderung des Energiesektors leisten.

Das Projekt konnte wichtige Impulse zur Beschäftigungsförderung durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Marokko setzen. Zum einen wurden Berufseinsteigerinnen gezielt bei ihren ersten Arbeitserfahrungen gefördert. Zum anderen wurden Frauen zu den Potenzialen in den Bereichen der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sensibilisiert. Die erworbenen Umsetzungserfahrungen werden aufgearbeitet und anderen Akteurinnen und Akteuren zur Verfügung gestellt. Um die Ansätze weiter auszuweiten, wird ein Folgeprojekt geplant, in welchem beispielsweise Finanz- und Anreizmechanismen für Investitionen in erneuerbare Energien erarbeitet sowie der rechtliche Rahmen in Marokko weiter ausgestaltet werden soll.

Ziel 3:

Gendersensible Gestaltung, Durchführung, Monitoring und Wirkungserfassung sowie Partizipation von Frauen in Vorhaben zu Klimawandel, Katastrophenmanagement und nachhaltiger Entwicklung sowie der Stadt- und Kommunalentwicklung stärken

Geschlechtergerechtes Management im Landwirtschaftssektor in Kirgisistan

Traditionell sind im Wald- und Weidemanagement in Kirgisistan fast ausschließlich männliche Beschäftigte tätig. Das Vorhaben „Biodiversitätserhalt und Armutsreduktion durch kommunale Bewirtschaftung von Walnuss-Wäldern und Weiden“, welches auf eine nachhaltige Nutzung der Walnuss- und Wildobstwälder sowie der Weiden im Süden Kirgisistans abzielt, nimmt deshalb insbesondere **die Bedarfe und die gezielte Kompetenzentwicklung von Frauen in den Fokus**.

Die Ansätze, die in diesem Projekt genutzt werden, sind gezielte Trainings und Coachings zur Anforderung für Lebensmittelsicherheit, Bio-Zertifizierung von wilden Walnüssen, Unterstützung bei der Suche nach Käufern mit höheren Qualitätsanforderungen, sowie Stärkung der Finanzkompetenz. Das Vorhaben leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur gleichberechtigten Beteiligung von Männern und Frauen an Entscheidungsprozessen sowie Management- und Landnutzungsplänen zu nachhaltigen Wald- und Weidebewirtschaftung, indem Frauen gezielt in diese Prozesse mit eingebunden werden. Der Zielwert bis Ende des Projektes im Februar 2023 ist, Maßnahmen der nachhaltigen Landbewirtschaftung auf

10.000 ha umzusetzen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Maßnahmen der nachhaltigen Landbewirtschaftung auf insgesamt 8.230 ha umgesetzt. Zudem konnten durch das Vorhaben bis jetzt 780 Waldnutzende ihr Einkommen durch Waldprodukte um mindestens 10 Prozent erhöhen. Kleinunternehmerinnen konnten durch spezielle Unterstützung, wie zum Beispiel neue Ausrüstung und Kompetenzentwicklung, die Qualität ihrer Produkte verbessern und gleichzeitig neue saisonale Arbeit, hauptsächlich für Frauen anbieten.

Das Vorhaben dient nachhaltig als Beispiel dafür, wie der generelle Einbezug von Frauen in Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen zu positiven Ergebnissen für alle führen kann. Zudem werden erfolgreiche, innovative Ansätze zur nachhaltigen Landnutzung einerseits in einer neuen Projektregion mit ähnlichen Rahmenbedingungen eingeführt, und andererseits auf Landesebene in Verordnungen der Waldpolitik verankert, damit sie durch Staatsforstbetriebe im ganzen Land angewendet werden können.



Kleinunternehmerinnen

konnten durch spezielle Unterstützung, wie zum Beispiel neue Ausrüstung und Kompetenzentwicklung, die Qualität ihrer Produkte verbessern und gleichzeitig neue saisonale Arbeit anbieten.

Sektorübergreifende Handlungsfelder



Frauen und Mädchen werden in so gut wie allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens benachteiligt und diskriminiert, nicht nur aufgrund ihres Geschlechts. Sie erfahren oft eine zusätzliche Benachteiligung zum Beispiel auf Grund ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder ihrer Religion (Mehrfachdiskriminierung). So werden Mädchen, die einer ethnischen Minderheit angehören, zum Beispiel stärker in ihrem Recht auf Bildung eingeschränkt.³⁰ Frauen mit einer Behinderung sind Studien zufolge öfter von Gewalt betroffen.³¹ Die Überwindung dieser (Mehrfach-)Diskriminierung kann nicht allein durch die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen erreicht werden. Auch traditionelle Rollen und Normen müssen abgebaut werden – dafür ist eine Zusammenarbeit mit Männern und Jungen unabdingbar. Außerdem muss die Entwicklungsfinanzierung geschlechtergerecht gestaltet werden, Mitarbeitende in NROs und Regierungen müssen entsprechend geschult werden und Organisationen, die sich für Frauenrechte einsetzen, gefördert werden. Um die Vorhaben zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit sinnvoll zu unterstützen, werden die sektoralen Themenfelder des GAP durch sektorübergreifende Handlungsfelder ergänzt.

30 World Bank (2014): **Voice and Agency: Empowering women and girls for shared prosperity**. S.5.

31 Ozemela et al. (2019): **Violence against Women and Girls with Disabilities: Latin America and the Caribbean**. Policy Brief No. IDB-PB-00302. Inter-American Development Bank, S.1.



Daher flankiert das BMZ seine Maßnahmen in den sektoralen Themenfelder durch

- **Zusammenarbeit mit weiblichen und männlichen Akteurinnen und Akteuren**
- **Überwindung der Mehrfachdiskriminierung**
- **Stärkung von Ansätzen für geschlechtergerechte Entwicklungsfinanzierung – auch im Haushalt des BMZ**
- **Stärkung der Frauen- und Mädchenrechte durch Sport**
- **Aufbau und Stärkung von Genderkompetenz und Wissensmanagement**
- **Systematische Umsetzung der Maßnahmen des dreigleisigen Genderansatzes**
- **Stärkung von Frauenorganisationen.**

Aktivitäten

In diesem Schwerpunkt wurden mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Partnern die unterschiedlichsten Projekte durchgeführt und umgesetzt. Um gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung vorzugehen, wurden beispielsweise Zugangsbarrieren zu Bildung und Sport für Mädchen abgebaut und ein Tool entwickelt, um Haushaltsplanung effektiver und geschlechtergerechter zu gestalten.

Handlungsfeld 1:

Überwindung der Mehrfachdiskriminierung

Verbesserte Infrastruktur an jordanischen Schulen ermöglicht Mädchen den Schulbesuch

Mädchen und Frauen werden oft nicht nur aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt, sondern zum Beispiel auch aufgrund ihrer Herkunft, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihres sozioökonomischen Status. In Aufnahmegemeinden in Jordanien erfahren geflüchtete Frauen und Mädchen Diskriminierungen, weil sie meist in Armut leben sowie aufgrund der mangelnden Gleichberechtigung in einer Gesellschaft, die von traditionellen Normen geprägt ist. So ist zum Beispiel der Zugang zu Bildung für syrische Mädchen erheblich eingeschränkt. Das Projekt



12.500

Schülerinnen und Schüler profitieren in zwölf verschiedenen Schulen von den Maßnahmen.

„Verbesserung des Lernumfeldes an öffentlichen Schulen in aufnehmenden Gemeinden in Jordanien“ fördert deshalb den gleichberechtigten Zugang von Mädchen und Jungen zu Schulbildung. Besserer Zugang zu Bildung stellt für jordanische und syrische Mädchen eine wichtige Grundvoraussetzung dar, um in ihrem späteren Leben eine größere Unabhängigkeit zu erreichen.

Um Zugangsbarrieren abzubauen, verbesserte das Projekt die Infrastruktur an Schulen im Projektgebiet. Denn viele Mädchen verpassen den Schulunterricht jeden Monat während ihrer Menstruation. Das Projekt renovierte die Sanitäreinrichtungen an den Schulen. Dabei wurde Wert auf Barrierefreiheit gelegt, damit auch Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen Zugang zu den Sanitäreinrichtungen haben. Die Fehlzeiten von Mädchen und Schülerinnen und Schülern mit Behinderung verringerten sich. Darüber hinaus legte das Projekt Pausenhöfe, Schulgärten und Sportanlagen für die Schülerinnen und Schüler an. Die daraus resultierenden Möglichkeiten für außercurriculare Aktivitäten steigerten die Attraktivität der Schulen erheblich. Das Projekt förderte durch die verbesserte Infrastruktur eine bessere Integration, verbesserte Gesundheit und steigende Einschulungszahlen. Insgesamt profitierten 12.500 Schülerinnen und Schüler in zwölf verschiedenen Schulen von den Maßnahmen.

Handlungsfeld 2:

Geschlechtergerechte Entwicklungsfinanzierung

Ungleichheiten mit dem Equity Budgeting Tool in Burkina Faso abbauen

In Burkina Faso wurde im Jahr 2017 eine programmbezogene Haushaltsplanung eingeführt. Hierbei wird die Entscheidung für zukünftige Ausgaben vom Ministerium für Wirtschaft an die jeweiligen Fachministerien übertragen, um die Effektivität der Ausgaben zu steigern. Darüber hinaus werden maßgebliche Entwicklungshindernisse wie geschlechtsspezifische Ungleichheiten berücksichtigt, wodurch die Fachministerien zunehmend auf Genderaspekte und Kinderrechte ausgerichtet sind. Damit die burkinische Haushaltsplanung wirksamer gestaltet wird, wird ein besseres Verständnis von den Mitteln und der Wirksamkeit bisheriger Programme benötigt. Das „Equity Budgeting Tool“ (EBT) zielt darauf ab, den Einbezug von Aspekten der Ungleichheit in der Haushaltsplanung besser zu verstehen, die Auswirkungen von öffentlichen Ausgaben auf benachteiligte Gruppen zu berücksichtigen und Fehlallokationen, die Ungleichheiten verstärken, aufzudecken.

Zusammen mit dem Entwicklungsberatungsunternehmen *Oxford Policy Management* (OPM) wurde das Equity Budgeting Tool in Burkina Faso entwickelt und validiert, um **die Auswirkungen der öffentlichen Haushaltsplanung auf benachteiligte Personen und Gruppen wie Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung darzustellen**. Das Instrument baut auf existierenden Ansätzen wie dem Gender Budgeting auf und soll Partnerländer unterstützen, ihre Bemühungen zum Abbau von Diskriminierungen und Ungleichheiten auszuwerten und zu verbessern. Für die Entwicklung wurden öffentliche Haushaltsdaten analysiert, Interviews mit Ministerien geführt und die Ergebnisse der Analyse gemeinsam mit

relevanten staatlichen Vertreterinnen und Vertretern ausgewertet. Durch das Instrument wird eine verbesserte Transparenz ermöglicht und die Zivilgesellschaft bei der Überprüfung von öffentlichen Ausgaben als *watch dog* gestärkt. Im Anschluss wurde eine praxisorientierte Publikation zum Equity Budgeting Tool veröffentlicht, die das Instrument anschaulich und umfangreich vorstellt.

Das Equity Budgeting Tool stellt ein wichtiges Instrument dar, um die Auswirkung von staatlicher Haushaltsplanung auf benachteiligte Gruppen besser zu verstehen und zeigt Wege auf, diese Ungleichheiten abzubauen. Das Equity Budgeting Tool wurde vom Finanzministerium in Burkina Faso als Planungstool übernommen und Finanz- und Sektorministerien in der Anwendung geschult. Damit ist die Analyse mit dem Equity Budgeting Tool in einen langfristigen Prozess eingebettet und unterstützt Veränderungen in der Haushaltsführung zugunsten benachteiligter Personen in Burkina Faso.

Als nächster Schritt wurde das Instrument in Kamerun und Guatemala mit einem Fokus auf geschlechtsspezifische Aspekte angewendet.

Handlungsfeld 3:

Stärkung der Frauen- und Mädchenrechte durch Sport

Barrierefreies Mädchensport- und Förderzentrum in Namibia

In Namibia förderte das BMZ über Sport- und Bildungsangebote gezielt junge Mädchen und Frauen. Dabei wurden Maßnahmen zur HIV- und Gewaltprävention mit sportpädagogischen Angeboten kombiniert. So lernten die Teilnehmerinnen im Training zum Beispiel auch Strategien zur Selbstbehauptung und wurden über Verhütungsmöglichkeiten informiert. Im März 2016 wurde in Kooperation mit dem Mädchenförderprogramm des namibischen Fußballverbandes (NFA) zudem ein barrierefreies Mädchensport- und Förderzentrum, das *NFA Girls Centre*, in Windhuk eingeweiht. Das „NFA Girls Centre“ soll einen sicheren Ort für Mädchen bieten, an dem sie Sport treiben und sich frei entfalten können. Neben Bildungsanreizen wie einer täglichen Hausaufgabenhilfe haben die Mädchen die Möglichkeit, mit ausgebildeten Trainerinnen und Trainern in einem angstfreien Klima zu trainieren. Insgesamt stehen die Stärkung des Selbstvertrauens der Mädchen durch Fußball sowie die Förderung des Verständnisses für Gleichberechtigung und die Bedeutung von Gesundheitsthemen im Fokus. Im Rahmen des Bildungsprogrammes am *NFA Girls Centre* wurde in Kooperation mit den Partnern aus der Tourismuswirtschaft, Futouris e.V. und *TUI Care Foundation*, ein berufsqualifizierender Ausbildungskurs zu nachhaltigem Tourismus und Gastgewerbe angeboten. 19 junge Frauen absolvierten 2016 einen Vorbereitungskurs, 12 von ihnen erhielten ein Stipendium der *TUI Care Foundation* für eine Vollzeitausbildung in 2017. Der Präsident der NFA, Frans Mbidi, bewertete das neue Mädchensport- und Gemeindezentrum als „Meilenstein für die Beziehung zwischen jungen Frauen und Fußball“.

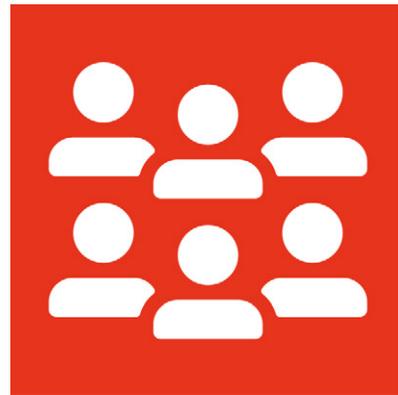
Handlungs- feld 4:

Genderkompetenz/ Wissensmanagement

Verbesserung der Datenerhebung und -auswertung

Im Rahmen der Initiative Demografie für Entwicklungsplanung (D4DP) werden afrikanische Partnerländer der deutschen EZ darin unterstützt, ihre Bevölkerungsdynamik besser mit der Entwicklungsplanung zu koordinieren. Dazu gehört auch die **Erhebung und fachlich kompetente Auswertung soziodemografischer Daten, die nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselt sind.**

Gleichzeitig werden Entscheidungstragende aus Politik und Wissenschaft in der Interpretation und Nutzung der Daten geschult. 2017 kooperierte die BMZ-Initiative mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und konnte auf zwei Veranstaltungen Entscheidungstragende für eine demografie- und gendersensible Politikplanung sensibilisieren: Bei den Europäischen Entwicklungstagen in Brüssel im Juni 2017 wurde mit Vertreterinnen und Vertretern von EU und AU, dem *African Institute for Development Policy* (AFIDEP) und dem AfriYAN Netzwerk eine Diskussion veranstaltet. Dabei wurden die Voraussetzungen für die Umsetzung einer demografischen Dividende debattiert, also den möglichen ökonomischen Nutzen durch die Veränderung der Altersstruktur innerhalb eines Staates. Einer der Diskussionsschwerpunkte war, dass die demografische Dividende ebenfalls eine Genderdividende sein muss, da durch das Empowerment von Mädchen und jungen Frauen weitere soziale und ökonomische Entwicklungsfortschritte ermöglicht werden. Darüber hinaus hatten im Oktober 2017 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus Algerien und Marokko im Rahmen einer Studienreise nach Deutschland die Möglichkeit, etwas über hiesige Kommunalstatistik und die Nutzung demografischer Daten in der Stadtplanung



Durch die Veranstaltung konnte ein Beitrag dazu geleistet werden, das

Bewusstsein

für den sozioökonomischen Nutzen der Gleichberechtigung der Geschlechter zu verstärken.

zu erfahren. Hierbei wurde insbesondere der Nutzen von nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselten Daten für die Stadtplanung diskutiert. Durch die Veranstaltungen konnte ein Beitrag dazu geleistet werden, das Bewusstsein für den sozioökonomischen Nutzen der Gleichberechtigung der Geschlechter zu verstärken. Dies ist ein konkreter Ansatzpunkt für politische Entscheidungstragende, bei der Förderung der demografischen Dividenden damit verbunden auch die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter zu berücksichtigen. Im Jahr 2018 wurden weitere Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, u. a. mit Partnern aus Benin, Ghana und Ruanda. Gleichzeitig wird auch in Deutschland der Diskurs mit nationalen und internationalen Expertinnen und Experten auf öffentlicher Bühne fortgesetzt. Darüber hinaus wird im Rahmen der D4DP-Initiative die Forschung zur demografischen Dividende unterstützt. Mithilfe des Beratungsangebots der D4DP-Initiative wird sichergestellt, dass die Partner jederzeit bei technischen Fragen unterstützt werden können und in der Umsetzung ihrer Planung betreut werden.

Handlungsfeld 5:

Stärkung von Frauenorganisationen

Rebooting Frauenrechte – Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechten

Das Projekt „Rebooting Frauenrechte“ der Nichtregierungsorganisation (NRO) *Women Engage for a Common Future* (WECF) vermittelt rund 30 jungen Feministinnen und Feministen durch Mentoring und Training Wissen und Methoden, mit denen sie aktiv den Peking+25-Prozess gestalten und ihren Forderungen auf internationaler und nationaler Ebene Gehör verschaffen können.

Ziel ist es, dass die Frauen das vermittelte Wissen und Methoden in ihrer Arbeit stärker nutzen können, um eine gender-transformative Umsetzung nachhaltiger Entwicklungs- und Klimapolitik zu erreichen und ihre feministischen Interessen wirkungsvoll bei internationalen Verhandlungen, aber auch auf regionaler Ebene zu vertreten.

Aufgrund der Einschränkungen im Zuge der Covid-19 Pandemie konnte nach dem Regionalen Forum in Genf im Oktober 2019 das weitere Training der jungen Feministinnen

und Feministen nicht mehr vor Ort bei den Verhandlungen der Frauenrechtskommission (FRK), den Globalen Generation Equality- Foren sowie dem Hocharangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung (HLPF) stattfinden. Stattdessen wurden die Feministinnen und Feministen über regionale und thematische Online-Konsultationen wie z. B. zu *Feminist Movement Building*, *Climate Justice* oder sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in ihren Verhandlungs- und Medienkompetenzen gestärkt. Dazu wurde u. a. das *Global Advocacy Toolkit* mit dem Titel „*Young Feminists want System Change*“ erarbeitet.

Es wurden strukturelle und rechtliche Hindernisse analysiert, die Geschlechterungerechtigkeit verursachen und aufrechterhalten, wie z. B. bestehende patriarchale Strukturen und Genderstereotypen, die Anti-Gender-Rhetorik sowie das mangelnde Bewusstsein für Klimagerechtigkeit und deren Verbindung zu Frauenrechten. Empfehlungen wurden ausgesprochen, die v. a. die Gewährleistung einer wirksamen Umsetzung und Überwachung gendersensibler Rechtsvorschriften garantieren soll. Die Teilnehmenden haben ein Netzwerk gegründet, das über das Jahr 2020 hinaus fortbesteht. Die Mitglieder brachten sich auch bei der FRK 65 in 2021 und dem HLPF 2021 aktiv in die Verhandlungen ein und wurden, zum Teil dank dieses Projektes, Mitglieder der *Youth Task Force von UN Women*. Einige Positionen der jungen Feministinnen und Feministen fanden vor allem im Bereich geschlechtsbasierter Gewalt und Klimagerechtigkeit Eingang in die Formgebung der *Action Coalitions* der Generation Equality Kampagne.



Ausblick

Viele beachtliche Erfolge konnten in den einzelnen Schwerpunkten des zweiten entwicklungspolitischen Aktionsplans Aktionsplans zur Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht werden. So wurde die politische Teilhabe von Frauen gestärkt, der Zugang von Frauen zu Angeboten der Familienplanung verbessert, weibliche Unternehmerinnen in der Gründung und beim Wachstum ihrer Unternehmen unterstützt und die Prävention von geschlechtsbasierter Gewalt vorangetrieben.

Gleichzeitig haben uns die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie vor Augen geführt, wie schnell sicher geglaubte Errungenschaften wieder zunichte gemacht werden können. Internationalen Studien zufolge werden rund 47 Millionen Frauen durch die ökonomischen Folgen der Pandemie in die Armut gedrängt.³² Auch kam es im Zuge der weltweiten Covid-19 Pandemie nachweislich zu einem signifikanten Anstieg geschlechtsbasierter häuslicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen.³³ Schätzungen zufolge werden in Folge der Pandemie in den nächsten zehn Jahren bis zu zehn Millionen mehr Mädchen in besonders betroffenen Gebieten dem Risiko der Kinderheirat ausgesetzt sein. Die Covid-19 Pandemie hat zudem verdeutlicht, dass Frauen nach wie vor ca. 75 Prozent der unbezahlten Pflege- und Hausarbeit übernehmen.³⁴ Dies ist Zeit, die ihnen für eine Erwerbstätigkeit und Bildung fehlt.

Weitere und stärkere Anstrengungen sind daher nötig, wollen wir gemeinsam die Gleichberechtigung der Geschlechter bis 2030 erreichen. Voraussetzung hierfür ist ein gender-transformativer Ansatz, der Geschlechterstereotype, negative

Rollenbilder und Normen und Werte, die Diskriminierungen zugrunde liegen, überwindet und abbaut. Entsprechend des intersektionalen Verständnisses des **Qualitätsmerkmals „Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Inklusion“**, adressiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dabei Mehrfachdiskriminierung im Sinne eines Zusammenwirkens von verschiedenen Dimensionen von Diskriminierungen.

Um für die Verwirklichung des SDG 5 neue Impulse zu setzen, wurde 2020 das **Generation Equality Forum** zum 25. Jubiläum der Pekinger Aktionsplattform ins Leben gerufen. Diese Multi-Akteurs-Partnerschaft stellt seither den zentralen internationalen Prozess dar, in dessen Rahmen sich staatliche Geber, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor dazu verpflichten, ihre Anstrengungen für eine geschlechtergerechtere Welt zu verstärken.

Deutschland hat im Rahmen des Generation Equality Prozesses eine führende Rolle im **Aktionsbündnis „Wirtschaftliche Gerechtigkeit und Rechte“** übernommen. Schwerpunkte sind u.a. die gerechte Aufteilung der Sorgearbeit, Förderung von Unternehmerinnen, Mädchenbildung, Landrechte und Sorgfaltspflichten in internationalen Lieferketten. Auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni 2021 hat die Bundesregierung internationale Zusagen im Umfang von 240 Millionen Euro zu diesem Aktionsbündnis getätigt, um so einen weiteren wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter zu leisten. Mit den zusätzlichen Mitteln werden u.a. die Landrechte von Frauen gestärkt und Unternehmerinnen im Globalen Süden in der Gründung und Entwicklung ihrer Unternehmen unterstützt.

So wurden u.a. weitere 25 Millionen Euro für die weitere Unterstützung der Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi) zugesagt, durch die Unternehmerinnen bei der **Gründung bzw. Ausweitung ihrer Unternehmen**

32 UN Women (2020): **From Insight to Action. Gender Equality in the Wake of COVID-19.**

33 UN Women (2020): **Infographic: The Shadow Pandemic – Violence Against Women and Girls and COVID-19.**

34 OECD (2019): **SIGI 2019 Global Report**, S. 39.

in Entwicklungsländern unterstützt werden. Die Initiative mobilisiert dabei wie keine andere umfangreiche Mittel aus dem Privatsektor.

Deutschland engagiert sich zudem in dem **Aktionsbündnis „Körperliche Selbstbestimmung sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)“** mit Beiträgen in Höhe von 55 Millionen Euro und in dem **Aktionsbündnis „Geschlechterbasierte Gewalt“** mit Selbstverpflichtungen in Höhe von ca. 25,18 Millionen Euro. Insgesamt wurden beim Generation Equality Forum in Paris von allen Akteuren gemeinsam 40 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Mitteln für die Gleichberechtigung der Geschlechter zugesagt.³⁵

Ein weiterer Schwerpunkt, den das BMZ in den nächsten Jahren gezielt unterstützen wird, ist der gleichberechtigte Zugang zu qualitativer Bildung für Mädchen und junge Frauen. Da Bildung eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung der Geschlechter darstellt, hat das BMZ im Jahr 2021 die **Mädchenbildungsinitiative „SHE – Support Her Education“** gestartet, die benachteiligten Mädchen und junge Frauen dabei unterstützt, die Schule zu besuchen und einen Abschluss machen zu können.

Um die Geschlechtergerechtigkeitsziele der Agenda 2030 tatsächlich zu erreichen, ist

flankierend zu den gezielten Maßnahmen ein verstärktes Gender Mainstreaming in sämtlichen Sektoren essenziell. Der neue, unter deutschem EU-Ratsvorsitz in 2020 erarbeitete, dritte **Europäische Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter in den Außenbeziehungen 2021-2025 (EU GAP III)** wie auch der **dritte Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (NAP III 1325, 2021-2024)** der Bundesregierung reflektieren diese Ambition. Die darin enthaltenen Zielsetzungen und gender-transformativen Ansätze sind für das BMZ und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wegweisend und handlungsleitend. Entsprechend strebt das BMZ an, bis 2025 in mindestens 85 Prozent der neuen entwicklungspolitischen Maßnahmen Geschlechtergerechtigkeit als Nebenziel zu verankern und in 5 Prozent der neuen Maßnahmen als Hauptziel.

Somit wird es aufgrund der weiterhin bestehenden großen Herausforderungen auch in Zukunft **Ziel der deutschen Entwicklungspolitik** bleiben, Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität und überall auf der Welt dabei zu unterstützen, ihre Potentiale zu nutzen und ein selbstbestimmtes Leben frei von Diskriminierungen und Gewalt zu führen und gleichberechtigt am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben.

³⁵ UN Women (2021), Generation Equality Forum.

Abkürzungsverzeichnis

AU	Afrikanische Union	ILO	International Labour Organization/ Internationale Arbeitsorganisation
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
COP	Conference of the Parties/ UN-Klimakonferenz	LSBTI	Lesben-, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle
DO	Durchführungsorganisation	NRO	Nichtregierungsorganisation
ECOWAS	Economic Community of West African States / Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft	UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change/ Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
EU	Europäische Union	UNFPA	United Nations Population Fund/ Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	UNICEF	United Nations Children's Fund/ Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
FGM	Female Genital Mutilation/Weibliche Genitalverstümmelung	SDG	Sustainable Development Goal
FRK	Frauenrechtskommission	SRGR	Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
GAP	Gender Aktionsplan	VN	Vereinte Nationen
GBV	Gender-based violence/ Geschlechtsbasierte Gewalt	WASH	Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit	WHO	World Health Organization/ Weltgesundheitsorganisation
HLPF	High-level Political Forum on Sustainable Development/ Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung		

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat Menschenrechte, Gleichberechtigung, Inklusion

REDAKTION

Referat Menschenrechte, Gleichberechtigung, Inklusion

STAND

November 2021

GESTALTUNG

DIAMOND media GmbH, Neunkirchen-Seelscheid

BILDNACHWEIS

S. 4: GIZ/Mali Lazell; S. 70: GIZ/Mali Lazell

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.